IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Konjunktur aktuell

3/2026
3. September 2026, 14. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **S. 64**

Deutsche Konjunktur belebt sich – Rückenwind von Weltwirtschaft und Finanzpolitik

Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz höherer Energiepreise und anhaltender Risiken durch den Golfkonflikt auf Erholungskurs. Eine steigende Auslandsnachfrage und zusätzliche staatliche Investitionen stützen die Konjunktur, während die Beschäftigung insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe weiter rückläufig ist. Die Produktion dürfte in diesem Jahr um 1,4% und im kommenden Jahr um 0,8% zunehmen; in Ostdeutschland fällt die wirtschaftliche Erholung etwas schwächer aus.

Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur belebt sich – Rückenwind von Weltwirtschaft und Finanzpolitik

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Spätsommer 2026 ist die internationale Konjunktur auf Expansionskurs. Wesentliche Treiber sind die vom Boom um die Künstliche Intelligenz ausgelösten Investitionen. Sie werden vor allem in den USA getätigt. Der Erdölpreis ist wegen des Golfkonflikts gestiegen, er ist aber insbesondere in realer Rechnung niedriger als in früheren Energiekrisen, vor allem dank verminderter Nachfrage aus China. Die höheren Inflationsraten lassen erwarten, dass die Leitzinsen in den USA und im Euroraum in den kommenden Quartalen angehoben werden. Die Finanzpolitik ist in den beiden Wirtschaftsräumen in diesem Jahr leicht expansiv, im Jahr 2027 dürfte sie restriktiver werden. Alles in allem sind die Aussichten für eine stabile Weltkonjunktur gut, denn der KI-Boom dürfte weitergehen. Allerdings ist keine Beschleunigung zu erwarten, auch weil die Produktionskapazitäten der vom Boom erfassten Industrien ausgelastet sind.

Die deutsche Konjunktur befindet sich auf Erholungskurs. Im zweiten Quartal 2026 ist das Bruttoinlandsprodukt das dritte Mal in Folge merklich gestiegen, wie schon im Vorquartal wegen steigender Exporte. Allerdings ist die Erwerbstätigenzahl weiterhin rückläufig, besonders deutlich im Verarbeitenden Gewerbe, auch wenn Wertschöpfungs- und Exportzahlen zeigen, dass einige Unternehmen von der gegenwärtig starken internationalen Nachfrage profitieren. Bei den anderen Verwendungsaggregaten ist für das erste Halbjahr noch kaum eine Erholung zu erkennen. So wird der private Konsum durch die Kaufkraftverluste aufgrund des Energiepreisanstiegs gedämpft, und die privaten Ausrüstungsinvestitionen sind zuletzt nicht über ihr Niveau von vor zweieinhalb Jahren hinausgekommen. Das Niedrigwasser des Rheins bremst die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, allerdings sind die Pegelstände seit Mitte August wieder gestiegen. In den kommenden Quartalen dürfte sich die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik zunehmend in steigenden Investitionen niederschlagen. Dafür, dass die Konjunktur aufrechtgerichtet bleibt, spricht auch, dass sich Stimmungsindikatoren wie die ifo Geschäftserwartungen zuletzt deutlich verbessert haben.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2025 bis 2028

	2025	2026	2027	2028
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	0,2	1,4	0,8	0,2
darunter: Ostdeutschland[1]	0,4	1,1	0,8	0,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	–0,8	0,0	–0,1	–0,7
Tariflöhne je Stunde	2,8	2,4	2,5	2,5
Effektivlöhne je Stunde	4,9	3,5	3,3	3,0
Lohnstückkosten[2]	4,3	2,0	2,5	2,4
Verbraucherpreisindex	2,2	2,6	2,5	2,0
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 878	45 681	45 639	45 617
Arbeitslose[3]	2 948	2 994	2 985	2 891
in %				
Arbeitslosenquote[4]	6,3	6,4	6,3	6,2
darunter: Ostdeutschland[1]	7,8	7,9	7,8	7,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	–3,0	–4,0	–4,3	–4,5
Leistungsbilanzsaldo	4,5	4,5	3,9	3,7

[1] Ostdeutschland einschließlich Berlin. – [2] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [3] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [4] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH (Stand: 03.09.2026).

* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

https://doi.org/10.18717/kaaq17-1w36

Dank KI-Boom ist die internationale Konjunktur trotz Energieknappheit weiter stabil

Im Spätsommer 2026 ist die internationale Konjunktur auf Expansionskurs. Vor allem bei den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ist die Geschäftslage überwiegend gut. Wesentliche Treiber sind die vom Boom um die Künstliche Intelligenz ausgelösten Investitionen, etwa in Datenzentren und die für ihren Betrieb benötigte Energieinfrastruktur. Sie werden nicht nur, aber vor allem in den USA getätigt. Dort, wo sich wichtige Produzenten für die erforderlichen Investitionsgüter befinden, boomt der Export. An erster Stelle stehen dabei Taiwan und Südkorea, darüber hinaus profitiert davon aber auch das Verarbeitende Gewerbe ganz unterschiedlicher Länder wie Japan, Vietnam oder Mexiko, in geringerem Maße auch der europäische Export.

Dass die Konjunktur weiterhin robust scheint, ist bemerkenswert, weil die Weltwirtschaft nun schon ein halbes Jahr lang mit einer Energiekrise zu kämpfen hat. Seit Ende Februar ist wegen des militärischen Konflikts zwischen den USA und dem Iran der Seetransportweg des am Golf geförderten Erdöls und Erdgases – und damit rund 20% des weltweiten Erdöl- und Erdgasverbrauchs – weitgehend versperrt. Hoffnungen auf eine Öffnung anlässlich eines vorübergehenden Waffenstillstands im Juli haben sich wieder zerschlagen. Der Erdölpreis ist mit etwa 95 US-Dollar je Barrel (Brent) hoch, allerdings deutlich niedriger als kurz nach Ausbruch des Konflikts und erreicht auch nicht die Höhepunkte früherer Krisen, insbesondere in realer Rechnung nicht. Sowohl Ölangebot als auch -nachfrage haben aber auf die Krise deutlich reagiert: Ein Teil des am Golf geförderten Erdöls kommt über Pipelines auf die Weltmärkte oder wird trotz der Risiken weiterhin durch die Straße geschleust. Die Ölnachfrage ist gesunken, besonders deutlich die aus China. Das Land verfügt über besonders umfangreiche Läger, und die chinesische Regierung hat ihre vielfältigen Möglichkeiten genutzt, Einsparungen im Ölverbrauch durchzusetzen. So kommt es, dass die von der *International Energy Agency* erfassten Lagerbestände seit Konfliktbeginn nur um etwa 5% gesunken sind. Auch wenn die Blockade in den kommenden Quartalen andauert, dürfte Erdöl der Weltwirtschaft nicht ausgehen.

Freilich dürften die Preise für Energie weiter relativ hoch bleiben, auf den Ölmärkten wird bis Mitte nächsten Jahres mit einem Preis von etwa 80 US-Dollar je Barrel Brent gerechnet. Auch ist die Blockade der Schifffahrtsroute für Flüssiggas schwerer zu kompensieren als die für Erdöl. Liegt der Erdölpreis gegenwärtig etwa 30% über Vorjahresniveau, sind es für Erdgas an europäischen Energiebörsen etwa 100%.

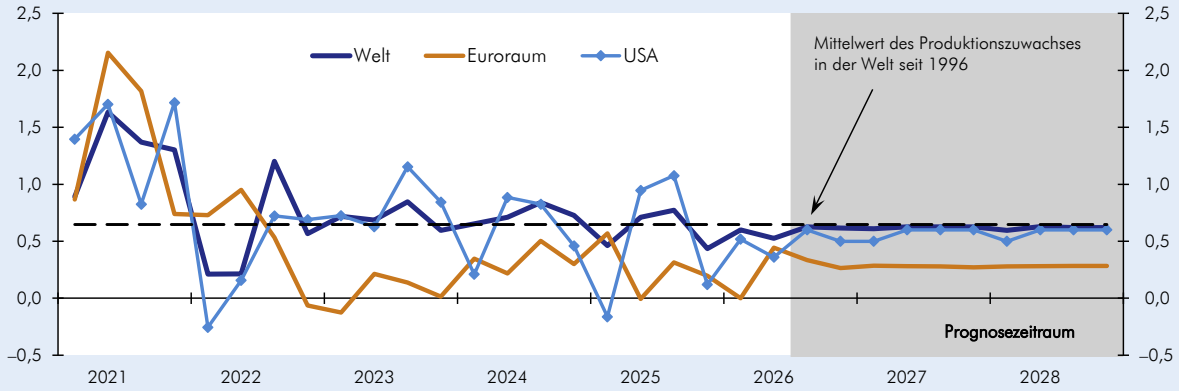
Die gestiegenen Energiepreise haben weltweit auch auf die Verbraucherpreisinflation durchgeschlagen, im Euroraum und in Großbritannien liegen die Raten zurzeit bei knapp 3%, in den USA bei knapp 3½%. Mit ihnen sind auch die Kapitalmarktzinsen weltweit gestiegen: seit dem Ausbruch des Golfkonflikts Ende Februar für zehnjährige US-Staatstitel um 0,8 Prozentpunkte auf 4,7% und damit den höchsten Wert seit 19 Jahren, für deutsche um 0,6 und für japanische um 0,75 Prozentpunkte. Der Renditeanstieg 30-jähriger Staatspapiere fiel noch deutlicher aus. Allerdings haben sich die langfristigen Inflationserwartungen kaum bewegt. Die heftige Reaktion auf den Kapitalmärkten dürfte zweierlei Ursachen haben: Zum einen hat der KI-Boom die Nachfrage nach Finanzkapital erheblich erhöht, was den markträumenden Zins in der Tendenz steigen lässt. Zum anderen spricht aus dem Renditeanstieg für Staatstitel auch ein Unbehagen an den in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Trend immer weiter steigenden Staatsschuldenquoten. Im August haben die USA auf den Renditeanstieg mit dem Rückkauf von eigenen Staatspapieren mit besonders langer Laufzeit reagiert.

Japan ist wegen seiner hohen Staatsschuldenquote von etwa 200% von den Renditeanstiegen besonders betroffen. Den deutlichen Verfall des Yen-Außenwerts hat die japanische Zentralbank gemeinsam mit der US-Notenbank durch Devisenmarktinterventionen erst einmal stoppen können.

Auf die Realwirtschaft haben sich die Unruhen an den Finanzmärkten bisher kaum niedergeschlagen. So war die Konjunktur in den USA im zweiten Quartal weiter deutlich aufwärtsgerichtet (vgl. Abbildung 1). Von privater Seite wurden Konsum und Anlageinvestitionen und dabei besonders die der Ausrüstungen deutlich ausgeweitet. Weil der Staat Investitionen und Verbrauch reduzierte und die Importe sehr kräftig zulegten, fiel die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts mit 0,4% allerdings nur mäßig aus. Die hohen US-Importe haben ihr Spiegelbild in starken Außenhandelszahlen vor allem in Ostasien. Für chinesische Produzenten sind die USA allerdings wegen der hohen Zollmauern kein Wachstumsmarkt, zumindest nicht direkt. Der trotzdem anhaltend hohe Exportzuwachs Chinas verteilt sich auf andere Absatzmärkte und kommt im Wesentlichen von hochwertigen Industrieerzeugnissen, nicht zuletzt von Produkten der Energiewende. Die chinesische Binnennachfrage ist dagegen im zweiten Quartal weiter schwach geblieben,

denn die Krise des Bausektors und die Verunsicherung der privaten Haushalte halten an. Die Zuwachsrate von 0,9% ist für chinesische Verhältnisse eher gering. In Großbritannien und im Euroraum lag der Zuwachs mit 0,4% wohl etwas über der Potenzialwachstumsrate.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; ab dem 3. Quartal 2026 Schätzung und Prognose des IWH.

Alles in allem spricht die konjunkturelle Lage sowohl in den USA als auch im Euroraum und in Großbritannien und in Japan gegenwärtig dafür, dass die Zentralbanken die geldpolitischen Zügel in nächster Zeit behutsam anziehen werden. Denn einerseits ist die Auslastung der Produktionskapazitäten vielfach nicht weit von ihrem Normalwert entfernt, und die Produktion nimmt in etwa mit ihrer jeweiligen Potenzialrate zu. Zum anderen liegt die Preisdynamik deutlich höher als die Zielinflation, und von den Energiepreisen ist in nächster Zeit kein dämpfender Effekt zu erwarten. Die Märkte rechnen deshalb noch für dieses Jahr sowohl vonseiten der US-Notenbank als auch vonseiten der EZB und der Bank von England mit einem Zinsschritt nach oben. Für das nächste Jahr ist in allen drei Fällen noch mit einem weiteren Zinsschritt um 0,25 Prozentpunkte zu rechnen.

Die Finanzpolitik ist im Euroraum in diesem Jahr vor allem wegen des deutschen Rüstungs- und Investitionsprogramms leicht expansiv ausgerichtet. Zudem konnten Gelder aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union noch bis August beantragt werden. Schließlich dürften die verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abfederung des Energiepreisanstiegs in einem Ausmaß von etwa 0,1% relativ zum Bruttoinlandsprodukt expansiv wirken. Im nächsten Jahr laufen die Impulse aus der Fazilität aus, und die Finanzpolitik ist in Italien, Frankreich, Spanien und auch im Euroraum insgesamt restriktiv ausgerichtet, auch weil die deutsche Finanzpolitik von Expansion auf einen neutralen Kurs umschwenkt. In den USA wirken Steuererleichterungen, die Rückzahlung von laut Urteil des Supreme Court zu Unrecht erhobenen Zöllen und die höheren Militärausgaben im laufenden Jahr expansiv. Allerdings sind die Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gering, unter anderem, weil vor allem bessergestellte Haushalte mit niedriger Konsumquote von den Maßnahmen profitieren. Im Jahr 2027 dürfte die US-Finanzpolitik auf einen leicht restriktiven Kurs umschwenken. In China dürfte die Finanzpolitik leicht restriktiv wirken, denn hoch verschuldete öffentliche Körperschaften, deren Bilanzen im offiziellen gesamtstaatlichen Haushalt zum Teil gar nicht auftauchen, sollen konsolidieren.

Alles in allem sind die Aussichten trotz Energieknappheit und der Unruhe an den Finanzmärkten gut, dass die Weltkonjunktur stabil bleibt, denn der KI-Boom dürfte sich fortsetzen, und darüber hinaus profitiert das Verarbeitende Gewerbe vielerorts von umfangreichen Investitionen in erneuerbare Energien und in Waffensysteme. Allerdings ist auch keine Beschleunigung zu erwarten, denn die Produktionskapazitäten der vom Boom erfassten Industrien sind vorerst ausgelastet. Zudem ist damit zu rechnen, dass die infolge des Golfkonflikts wohl auch langfristig erhöhten Energiepreise die Konjunktur in den Verbraucherländern belasten, auch weil die höheren Inflationsraten die Geldpolitik zu Zinserhöhungen veranlassen. In den USA dürfte die Produktion in der zweiten Jahreshälfte allerdings etwas stärker zunehmen als zuletzt, denn die Dynamik der privaten Verwendungsaggregate spricht für eine etwas kräftigere konjunkturelle Grundtendenz. In China deutet kaum etwas auf eine Überwindung der binnenwirtschaftlichen Schwäche hin. Die Konjunktur im Euroraum dürfte im Lauf des Jahres 2027 von einer insgesamt restriktiveren Wirtschaftspolitik etwas gedämpft werden. Insgesamt steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose in den Jahren 2026

und 2027 um jeweils 2,6% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr mit 5,0% sehr deutlich. Für das Jahr 2027 wird eine Expansionsrate von 1,9% prognostiziert. Die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften steigt im Jahr 2026 von 2,6% auf 2,9% und geht im Jahr darauf, auch wegen etwas niedrigerer Energiepreise, wieder deutlich zurück.

Risiken für die Weltkonjunktur

Die vorliegende Prognose basiert wesentlich auf der Einschätzung, dass die internationale Konjunktur weiter von den hohen Investitionen in die Digitalwirtschaft angetrieben wird. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Kapitalmärkte bereit sind, diese Investitionen zu finanzieren. Dafür müssen die Renditeerwartungen hoch bleiben, und es sind viele Gründe dafür denkbar, dass sie in Zukunft nach unten revidiert werden könnten. So könnte etwa günstigere Konkurrenz aus China die Aussichten auf Monopolgewinne der KI-Betreiber schmälern. Auch kann die KI-Finanzierung zum Problem werden, wenn das generelle Finanzmarktumfeld labil wird. Das wäre etwa der Fall, wenn die jüngste Unruhe auf den Märkten für langfristige Staatstitel länger anhielte. Dieses Risiko ist auch deshalb ernst zu nehmen, weil das nach wie vor wichtigste wirtschaftspolitische Entscheidungszentrum, die US-Regierung, derzeit kein Garant für Stabilität ist. Dafür ist der eskalierende Zollstreit mit Kanada das jüngste Beispiel.

Speziell für Europa ist eine drohende Energiekrise nach wie vor ein Konjunkturrisiko. Denn das Weltangebot an Flüssiggas wurde durch den weitgehenden Ausfall des Angebots aus Katar stärker verknappt als das Welterdölangebot, und Europa ist auf Import von Erdgas (vor allem in Form von LNG aus den USA) angewiesen. Die Lagerstände sind verglichen mit langjährigen Durchschnitten niedrig, und im Fall großer Winterkälte müssten zusätzliche Mengen an Flüssiggas importiert werden. Was das Risiko für diesen Fall etwas begrenzt, ist die Tatsache, dass in zwei wichtigen Abnehmerländern für Erdgas, Japan und Korea, die Lagerbestände nach Meinung von Experten ausreichend sind. Stiege der Weltmarktpreis stark genug, würde die Nachfrage aus diesen Ländern wohl zurückgehen. Deshalb besteht auch für Europa wohl eher ein Preisrisiko als die Gefahr, dass Erdgas ausgeht.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Durch die Straße von Hormus gelangt zwar in den nächsten Quartalen weiterhin nur wenig Erdöl und Erdgas auf die Weltmärkte, durch Anpassung von Angebot und Nachfrage nach Energieträgern kommt es aber weiter nur zu einem langsamen Abbau der Erdölläger. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im vierten Quartal 2026 bei 85 US-Dollar, Ende 2027 bei 76 US-Dollar und Ende 2028 bei 73 US-Dollar je Barrel.

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,16 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bleibt in etwa auf dem Niveau des Jahres 2025. Der Welthandel mit Waren und Dienstleistungen dürfte im Jahr 2026 um 5% und in den beiden Folgejahren um je 2,3% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Einlagensatz im September 2026 auf 2,5% und im Frühling 2027 auf 2,75% erhöht.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Jahr 2026 leicht expansiv ausgerichtet. Während auf der staatlichen Einnahmeseite steuerliche Entlastungen die Nachfrage anregen, laufen auf der staatlichen Ausgabeseite investive Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Klimaschutz und Verteidigung zunehmend an. Der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen beläuft sich im Jahr 2026 auf 17 Mrd. Euro bzw. 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A14).

Im kommenden Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen nahezu konjunkturneutralen Kurs ein. Zwar führen auf der Einnahmeseite vor allem das steuerliche Investitionssofortprogramm und das Steuerfortentwicklungsgesetz zu neuerlichen Entlastungen, und auf der Ausgabeseite dürften zusätzliche Mittelabflüsse aus den Sondervermögen ‚Klima- und Transformationsfonds' und ‚Infrastruktur- und Klimaneutralität' sowie zusätzliche Verteidigungsausgaben die Nachfrage weiter anregen. Demgegenüber dürften die geplanten Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Pflege (‚GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz' sowie ‚Pflegeneuordnungsgesetz'), die annahmegemäß im kommenden Jahr in Kraft treten, mit spürbaren Minderausgaben des Staates einhergehen.

Im Jahr 2028 dürfte die Finanzpolitik ebenfalls nahezu konjunkturneutral ausgerichtet sein. Expansiv wirken auf der staatlichen Einnahmeseite erneut das steuerliche Investitionssofortprogramm sowie das Einkommensteuerreform-

gesetz 2027. Zusätzliche investive Maßnahmen sowie die Ausweitung der Mütterrente dürften deutliche Mehrausgaben nach sich ziehen. Diesen wirkt jedoch eine spürbare Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung entgegen.[1] Zudem wird die CO_2-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr wieder angehoben. Auch die Einsparungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege dürften erneut mit staatlichen Minderausgaben verbunden sein.

Auslandsnachfrage stützt Erholung der deutschen Konjunktur

Das Konjunkturbild für Deutschland hat sich zuletzt etwas aufgehellt: Im zweiten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt mit 0,3% das dritte Mal in Folge merklich gestiegen (vgl. Abbildung A3). Der Zuwachs ist bei weiterhin unterausgelasteten Kapazitäten höher als das deutsche Potenzialwachstum, die Konjunktur ist damit in einer Erholungsphase (vgl. Abbildung 2a). Zudem hat das Statistische Bundesamt den Verlauf des Bruttoinlandsprodukts für die vergangenen Jahre insgesamt nach oben korrigiert (vgl. Kasten 1). Insbesondere weist es nach Auswertung vor allem der Unternehmensstrukturstatistik für das Jahr 2024 nicht mehr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5% aus, sondern eine Stagnation. Diese Aufwärtsrevision geht vor allem auf das Produzierende Gewerbe zurück. Auf-grund dieser Revisionen und des kräftigen Zuwachses im zweiten Quartal liegt das Bruttoinlandsprodukt gegenwärtig etwa 2% über dem Wert vor Ausbruch der Pandemie (Quartalsdurchschnitt 2019), im Mai 2026 war es nur 1%.

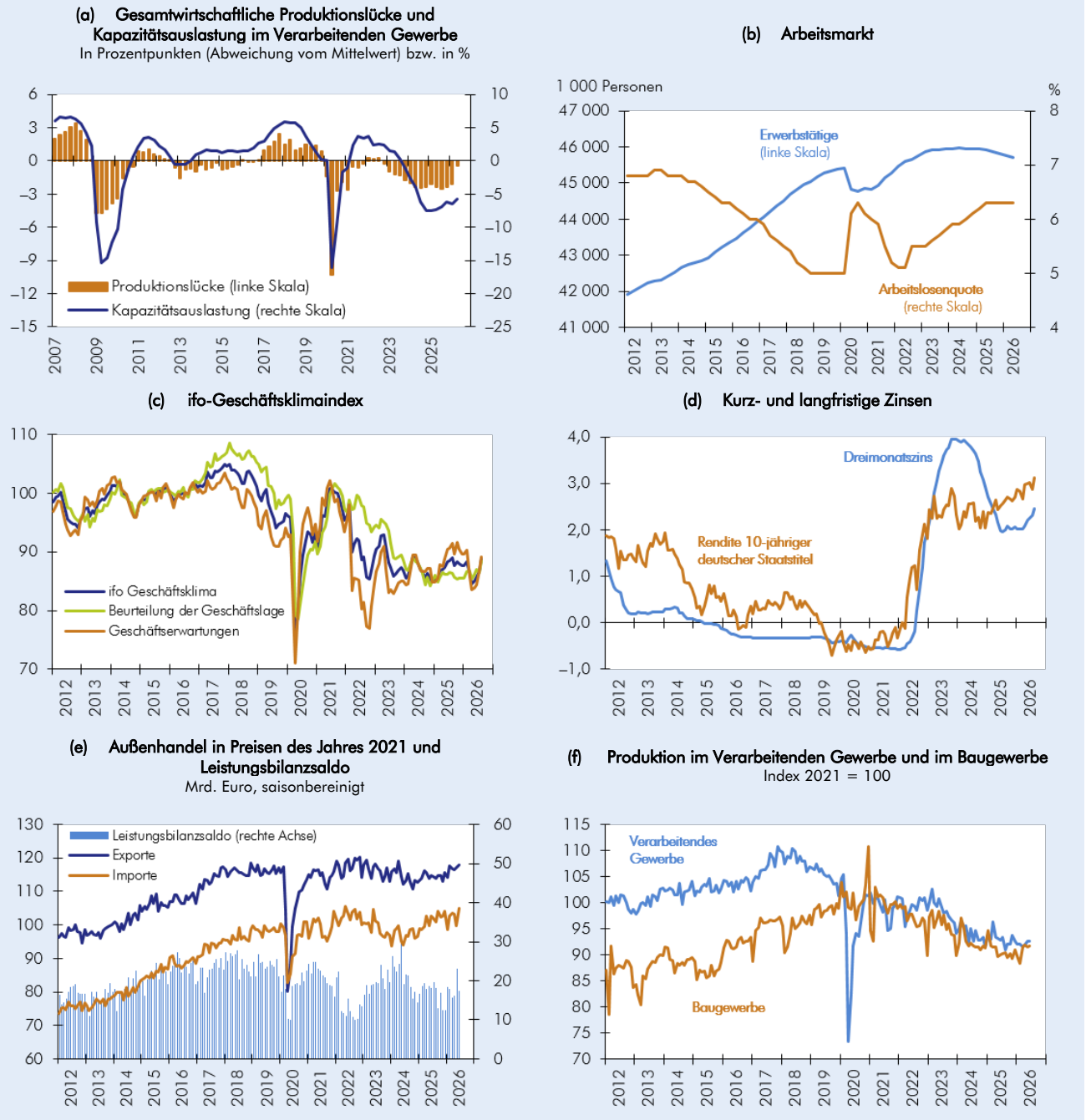
Im zweiten Quartal wurde die Erholung wie schon im ersten von deutlich steigenden Exporten getragen, nachdem diese seit Anfang 2023 im Trend rückläufig gewesen waren. Deutlich zugelegt haben die Exporte in andere europäische Länder. Nach Gütergruppen betrachtet stiegen vor allem die Ausfuhren von elektronischen Geräten und chemischen Produkten deutlich. Die erstere Gütergruppe ist wegen der in vielerorts hohen Investitionen der Digitalwirtschaft besonders gefragt, die Chemieindustrie hingegen kann wohl den derzeitigen Ausfall von am Golf angesiedelter Konkurrenz für sich nutzen. Insgesamt spiegeln sich die höheren Exporte auch in einer Zunahme der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wider (vgl. Tabelle A13).

Bei den anderen Verwendungsaggregaten ist für das erste Halbjahr allerdings noch kaum eine Erholung zu erkennen. Der in den vergangenen Jahren deutlich expandierende öffentliche Konsum hat zuletzt wenig mehr als stagniert. Die öffentlichen Investitionen schwanken von Quartal zu Quartal nicht zuletzt wegen Rüstungskäufen stark, im Trend sind sie bislang lediglich moderat aufwärtsgerichtet. Die viel umfangreicheren privaten Investitionen bleiben schwach. Der Rückgang der privaten Bauinvestitionen im ersten Quartal 2026 konnte noch auf die kalte Witterung zurückgeführt werden, es hat sich aber auch im zweiten Quartal durch die stark gestiegenen Preise ein Minus eingestellt. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen sind im zweiten Quartal nicht über ihr Niveau von vor zweieinhalb Jahren hinausgekommen. Die privaten Haushalte haben im ersten Halbjahr ihren Konsum sogar eingeschränkt, nach einem recht deutlichen Rückgang zu Jahresanfang gab es im zweiten Quartal nur eine kleine Gegenbewegung. Damit orientieren die Haushalte ihre Ausgaben an der Entwicklung ihrer real verfügbaren Einkommen, welche durch die gestiegenen Energiepreise geschmälert wurden. Den privaten Konsum dürften aber auch zunehmende Arbeitsmarktsorgen dämpfen. Denn auch am Arbeitsmarkt ist die Erholung noch nicht angekommen. In nennenswertem Umfang aufgebaut wird nur noch bei den Öffentlichen Dienstleistern, die Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist dagegen seit vergangenem Sommer rückläufig (vgl. Abbildung 2b), besonders deutlich im Verarbeitenden Gewerbe. Der Wirtschaftszweig ist also weiterhin in der Krise, auch wenn Wertschöpfungs- und Exportzahlen zeigen, dass einige Unternehmen von der gegenwärtig starken internationalen Nachfrage profitieren.

Immerhin haben sich wichtige Arbeitsmarktindikatoren wie die Zahl der gemeldeten offenen Stellen jüngst nicht noch weiter verschlechtert. Auch hat sich das ifo Geschäftsklima zuletzt deutlich verbessert, vor allem aufgrund optimistischerer Erwartungen (vgl. Abbildung 2c). Die Lage wird vorerst nur im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel besser eingeschätzt. Einen Sprung nach oben haben im August die ifo Exporterwartungen gemacht. Dahinter dürfte letztlich die auch in vorliegender Prognose vertretene Einschätzung stehen, dass sich der weltweite KI-Boom fortsetzt und von ihm mittlerweile auch deutsche Produzenten profitieren.

[1] Dabei ist unterstellt, dass die Reformvorschläge der Alterssicherungskommission bis dahin noch nicht umgesetzt worden sind.

Abbildung 2
Wichtige Konjunkturindikatoren



Quellen: Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ifo Institut; Bundesagentur für Arbeit; Datastream; Berechnungen des IWH.

Allerdings gibt es mit der fortgesetzten Blockade der Straße von Hormus und dem Niedrigwasser des Rheins zwei Faktoren, die für sich genommen die Erholung im zweiten Halbjahr wohl etwas bremsen werden. Jedoch sind die Pegelstände seit Mitte August wieder etwas gestiegen. Zudem wurde seit der letzten großen Trockenphase im Jahr 2018 die niedrigwassertaugliche Schiffsflotte auf dem Rhein ausgebaut. Was die anhaltende Blockade am Golf betrifft, hat sie nicht zu den vielfach erwarteten extremen Preissprüngen an den Energiemärkten geführt. Dennoch wird Erdöl bei den in dieser Prognose unterstellten Rahmenbedingungen im vierten Quartal 2026 etwa 40% teurer als im Vorjahr sein, und der Effekt des Anstiegs der Preise für Erdöl und Erdgas auf die Inflation in Deutschland dürfte im Jahr 2026 etwa 0,4 Prozentpunkte betragen. Der private Konsum wird durch die Kaufkraftverluste gedämpft. Die Investitionen dürften in den kommenden Quartalen zunehmend von der expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik profitie-

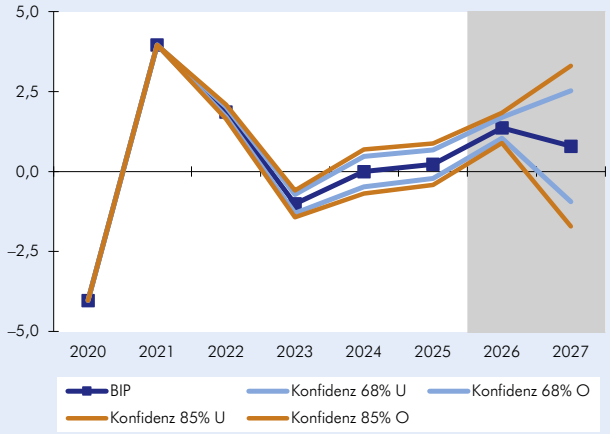
ren, denn die stark steigenden Rüstungsausgaben dürften sich in einem Anstieg der öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen. Die öffentlichen Investitionsprogramme werden die Bauinvestitionen steigen lassen. Schon jetzt hat sich die Stimmung im Wirtschaftsbau etwas aufgehellt. Der Wohnbau dürfte dagegen wegen der weiterhin hohen Baukosten und der gestiegenen Zinsen weiter schwach bleiben (vgl. Abbildung 2d). Auch für die privaten Ausrüstungsinvestitionen zeichnet sich keine deutliche Belebung ab.

Alles in allem legt das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2026 um 1,4% zu (arbeitstäglich bereinigt um 1,1%, vgl. Tabelle A8). Im Jahr 2027 expandiert die Produktion um 0,8%, und im Jahr 2028 um 0,2%. Für das Jahr 2026 reicht das 68%-Prognoseintervall Bruttoinlandsproduktes von 1,1% bis 1,7% und für das Jahr 2027 von –0,6% bis 2,2% (vgl. Abbildung 3)[2]. Nach vorliegender Prognose kommt die deutsche Wirtschaft im Jahr 2027 in eine leichte Überauslastung (vgl. Kasten 2). Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2026 bei 2,6% liegen, in den Jahren darauf bei 2,5% bzw. 2,0%. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2026 um 0,4% und im Jahr 2027 um 0,1% zurückgehen. Der deutsche Leistungsbilanzsaldo geht weiter zurück, von 4,5% im Jahr 2025 auf 3,9% im Jahr 2027.

Abbildung 3

Prognoseunsicherheit[1]

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Kasten 1

Zur jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Das Statistische Bundesamt hat im August 2026 im Rahmen der turnusmäßigen Sommerüberarbeitung die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die vergangenen vier Jahre überarbeitet.[K1.1] Zudem wurden einzelne Zeitreihen bis zum Jahr 2011 zurück revidiert. In die Berechnungen gingen insbesondere die nun vorliegenden Unternehmensstrukturstatistiken für das Jahr 2024, neue Informationen aus der Input-Output-Rechnung sowie Analyseergebnisse der Large Cases Unit ein. Darüber hinaus wurden Anpassungen bei der Preisbereinigung sowie bei den Modellen für die Saison- und Kalenderbereinigung vorgenommen. Letztere führen zu Revisionen der saisonbereinigten Zahlen zurück bis 1991.

Im Ergebnis ergaben sich für die Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2022 und 2023 nur geringfügige Änderungen (vgl. Abbildung K1.1). Für das Jahr 2022 wurde die Rate um 0,1 Prozentpunkte auf 1,9% angehoben und für das Jahr 2023 um 0,1 Prozentpunkte auf –1,0% abgesenkt. Deutlich stärker fiel die Revision für das Jahr 2024 aus: Während bislang ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5% ausgewiesen worden war, stagnierte die Wirtschaftsleistung nach den neuen Berechnungen (0,0%). Die Veränderungsrate für das Jahr 2025 blieb mit 0,2% unverändert. Für den Zeitraum 2022 bis 2025 liegt der revidierte jährliche BIP-Zuwachs innerhalb der 85%-Revisionsspanne, die im Juni 2026 im Rahmen der IWH-Sommerprognose erwartet wurde.[K1.2]

K2.1 *Statistisches Bundesamt:* Sommerüberarbeitung 2026 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Revisionen und Hintergründe, Wiesbaden, 25. August 2026.

K2.2 Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Konjunktur zwischen Energiekrise und KI-Boom, Jg.14(2), 2026, 32.

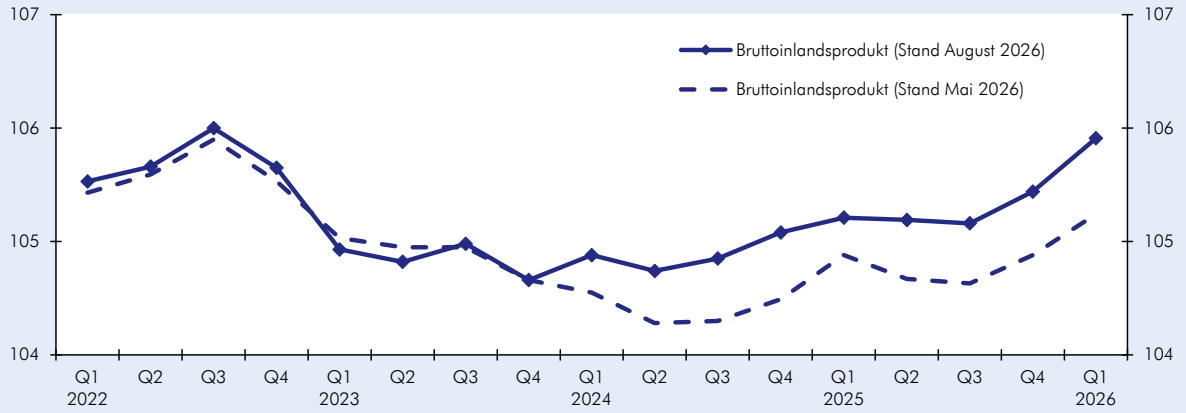
---

2 Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Abbildung K1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Index



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die kräftige Aufwärtsrevision für das Jahr 2024 ist verwendungsseitig breit angelegt. Insbesondere die privaten Konsumausgaben wurden deutlich nach oben korrigiert. Ihre preisbereinigte Zuwachsrate beträgt nun 1,4% statt bislang 0,5%. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem neue Ergebnisse der Strukturstatistik im Handels- und Dienstleistungsbereich sowie die Überarbeitung der Erfassung von Wohnungsmieten. Auch der Staatskonsum wurde kräftig aufwärts revidiert; seine Zuwachsrate wurde von 2,6% auf 3,9% angehoben. Maßgeblich waren insbesondere neue Daten zu den kommunalen Kernhaushalten und zu den sozialen Sachleistungen.

Auch die Bruttoanlageinvestitionen entwickelten sich im Jahr 2024 nach den neuen Berechnungen deutlich günstiger als bislang ausgewiesen. Ihre preisbereinigte Veränderungsrate wurde um 1,2 Prozentpunkte von –3,3% auf –2,1% angehoben. Zu der Aufwärtsrevision trugen alle Investitionskategorien bei. Bei den Bauinvestitionen waren insbesondere neue Strukturinformationen für das Bauhauptgewerbe und die Eigenleistungen am Bau ausschlaggebend. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden infolge revidierter Außenhandelsdaten nach oben korrigiert. Bei den sonstigen Anlagen führten neue Angaben zu Software sowie zu Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu höheren Investitionen.

Die Revision der Investitionen ist auch für die aktuelle Konjunkturprognose von Bedeutung, da die höheren Ergebnisse des Jahres 2024 die Ausgangsbasis für die Fortschreibung im Jahr 2025 verändern. Zwar wurden die Bruttoanlageinvestitionen für 2025 im Niveau ebenfalls angehoben, aufgrund des nun höheren Vorjahresniveaus fällt ihre preisbereinigte Jahresrate mit –0,6% jedoch schwächer aus als bislang ausgewiesen (–0,2%). Damit verschiebt die Revision weniger das Bild einer anhaltend schwachen Investitionstätigkeit als vielmehr deren zeitliche Einordnung: Der Rückgang im Jahr 2024 war geringer als bisher angenommen, während die Investitionsschwäche im Jahr 2025 stärker hervortritt.

Für das Jahr 2025 blieb die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts zwar insgesamt unverändert. Bei den einzelnen Verwendungskomponenten kam es jedoch teilweise zu merklichen Revisionen. Während die Bruttoanlageinvestitionen etwas schwächer ausfallen, wurden insbesondere die Konsumausgaben des Staates leicht nach oben korrigiert. Die Veränderungsrate des privaten Konsums blieb dagegen trotz eines höheren Niveaus weitgehend unverändert.

Die vierteljährlichen Expansionsraten des Bruttoinlandsprodukts wurden gegenüber dem bisherigen Datenstand um –0,2 bis +0,3 Prozentpunkte angepasst. Mit Ausnahme des ersten Quartals, liegt die Größenordnung liegt damit insgesamt im Rahmen der historisch üblich erwarteten 68%-Revisionsspanne (vgl. Abbildung K1.2): Im langfristigen Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2021 betrug die mittlere absolute Revision der Quartalsraten zwischen Erstveröffentlichung und endgültigem Ergebnis 0,4 Prozentpunkte.

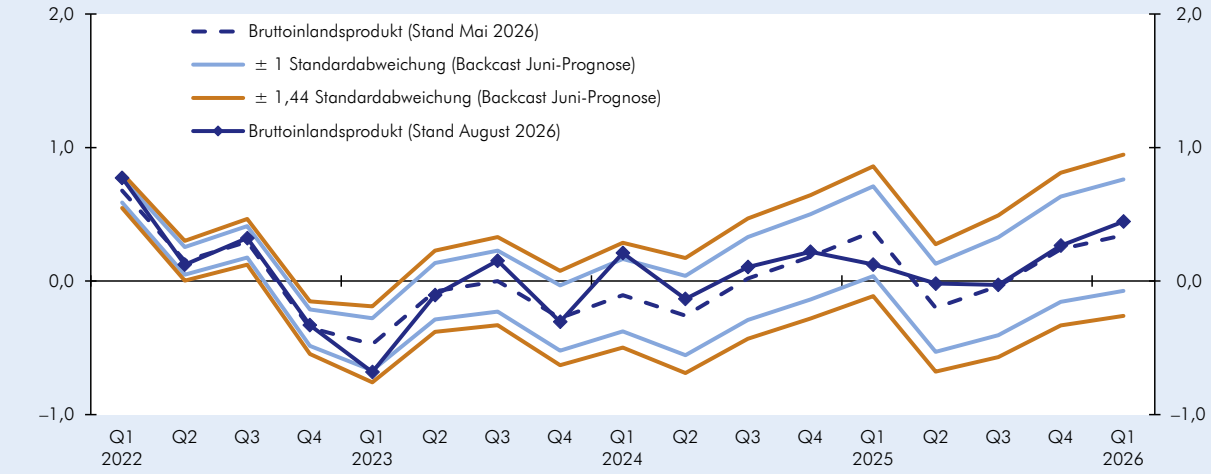
Außerhalb des regulären Revisionszeitraums wurden zudem die VGR-Ergebnisse für die Jahre 2011 bis 2021 überarbeitet, um neue Informationen über grenzüberschreitende Käufe privater Haushalte, die Neubewertung unterstellter Mieten auf Grundlage der Gebäude- und Wohnungszählung 2022 sowie aktualisierte Angaben aus der Gesund--

heitsausgabenrechnung zu erfassen. Die jährlichen Veränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts wurden dadurch um bis zu 0,1 Prozentpunkte angehoben; kumuliert fällt das Wirtschaftswachstum zwischen 2011 und 2021 nun um 0,8 Prozentpunkte höher aus.

Abbildung K1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit dürfte sich im Jahr 2026, ausgehend von 3,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr, weiter erhöhen. So expandieren die Einnahmen des Staates im laufenden Jahr, trotz der konjunkturellen Erholung, deutlich schwächer als zuletzt. Dies geht im Wesentlichen auf weniger kräftig expandierende Bruttolöhne und -gehälter zurück. Das Steueraufkommen wird zudem durch umfangreiche steuerliche Entlastungen gemindert. Die Sozialbeiträge expandieren verhaltener als zuletzt, auch weil sich der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung weniger erhöht als im Vorjahr, und der Beitragssatz zur Pflegeversicherung bleibt in diesem Jahr stabil. Der Zuwachs der öffentlichen Ausgaben schwächt sich hingegen nur geringfügig ab. So dürfte sich die Dynamik bei den öffentlichen Investitionen, die in den Jahren 2024 und 2025 kräftig ausgeweitet wurden, im laufenden Jahr deutlich abschwächen. Auch die monetären Sozialleistungen expandieren etwas verhaltener, u.a. weil die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr nicht mehr so stark zunimmt. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo liegt bei –4,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2027 expandieren die öffentlichen Einnahmen wieder etwas kräftiger als im Jahr zuvor. Zwar schwächt sich die Lohndynamik etwas ab, bei den Steuereinnahmen wirken Steuerrechtsänderungen aber weniger einnahmemindernd. Die Sozialbeiträge expandieren sogar beschleunigt, weil in dieser Prognose unterstellt ist, dass in der gesetzlichen Kranken- und in der Pflegeversicherung die Beitragsbemessungsgrenzen sowie die Beitragssätze für geringfügig Beschäftigte angehoben werden und die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen angepasst wird. Die Ausgaben des Staates legen im kommenden Jahr etwas schwächer zu als noch im Vorjahr. Zwar werden die öffentlichen Investitionen infolge der Mehrausgaben im Rahmen diverser zusätzlicher investiver Maßnahmen sehr kräftig ausgeweitet, und auch die Zinsausgaben des Staates legen erneut deutlich zu. Die sozialen Sachleistungen expandieren hingegen infolge der Minderausgaben bei der gesetzlichen Kranken- und der Pflegeversicherung deutlich verhaltener. Gleiches gilt für die Subventionen, die im Jahr 2026 durch die Zahlungen an die Betreiber der Stromübertragungsnetze spürbar ausgeweitet wurden.

Im Jahr 2028 schwächen sich die Zuwächse bei den Einnahmen und den Ausgaben des Staates ab. Auf der Einnahmeseite schlägt sich sowohl bei den Steuer- als auch bei den Beitragseinnahmen die schwächere konjunkturelle Dynamik nieder. Während das Steueraufkommen durch Rechtsänderungen zusätzlich gemindert wird, stabilisiert die in dieser Prognose unterstellte deutliche Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung die Einnahmen. Auf der Ausgabeseite schwächt sich die Dynamik bei den öffentlichen Investitionen weiter ab. Die monetären

Transfers expandieren mit einer ähnlichen Rate wie im Vorjahr. Zwar geht die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2028 zurück, die Ausweitung der Mütterrente wirkt jedoch ausgabesteigernd.

Das Finanzierungsdefizit des Staates erhöht sich auf 4,3% im Jahr 2027 und liegt im Jahr 2028 bei 4,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Finanzierungssaldo reduziert sich von –2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 auf –4,7% im Jahr 2028. Der strukturelle Primärsaldo verringert sich mit der leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik im laufenden Jahr um 1,5 Prozentpunkte. Im kommenden Jahr reduziert er sich nochmals leicht um 0,5 Prozentpunkte, im darauffolgenden Jahr bleibt er nahezu konstant (vgl. Tabelle 1). Die Nettoprimärausgaben des Staates nehmen, bei Aktivierung der nationalen Ausweichklausel (NEC), im laufenden Jahr um 4,0%, im kommenden Jahr um 3,6%, im Jahr 2028 um 3,3% zu (vgl. Tabelle A15). Damit würde der im finanzpolitisch-strukturellen Plan festgelegte Nettoausgabenpfad in den Jahren 2027 und 2028 überschritten.

Tabelle 1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Mrd. Euro

	EU-Methode				Modifizierte EU-Methode (MODEM)			
	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–136,5	–189,7	–207,9	–223,9	–136,5	–189,7	–207,9	–223,9
– Konjunkturkomponente[1]	–50,7	–30,7	–21,0	–26,2	–29,9	–6,1	7,1	5,9
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–85,7	–159,0	–186,8	–197,7	–106,6	–183,6	–215,0	–229,7
– Einmaleffekte[2]	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	–85,7	–159,0	–186,8	–197,7	–106,6	–183,6	–214,9	–229,8
+ Zinsausgaben des Staates	49,0	54,8	59,5	64,2	49,0	54,8	59,5	64,2
= Struktureller Primärsaldo	–36,7	–104,2	–127,3	–133,6	–57,6	–128,8	–155,4	–165,6
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	24,8	–67,5	–23,2	–6,2	–7,6	–71,2	–26,7	–10,2
Nachrichtlich:	*In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %*							
Struktureller Finanzierungssaldo	–1,9	–3,4	–3,8	–4,0	–2,4	–3,9	–4,4	–4,6
Struktureller Primärsaldo	–0,8	–2,2	–2,6	–2,7	–1,3	–2,7	–3,2	–3,3
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,5	–1,4	–0,5	–0,1	–0,2	–1,5	–0,5	–0,2

[1] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – [2] laut AMECO-Datenbank.

Quellen: Statistisches Bundesamt; AMECO, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Ein wesentliches Konjunkturrisiko für Deutschland bleibt weiterhin die unsichere Versorgungslage im Energiesektor, auch weil die Gasspeicher am Ende des Sommers im langjährigen Vergleich nur schwach befüllt sind. Zwar gibt es, anders als bis zum Herbst 2022, jetzt ausreichend Terminals, um im Winter bei Bedarf die Flüssiggasimporte zu erhöhen. Allerdings muss Flüssiggas dann im nötigen Umfang auf den Weltmärkten überhaupt verfügbar sein. Sollte auch die Nachfrage vonseiten zahlungskräftiger asiatischer Länder stark zulegen, würde Gas in Deutschland vielleicht nicht ganz ausgehen, aber ein starker Preisanstieg könnte über erhöhte Produktionskosten und Kaufkraftverluste die konjunkturelle Erholung in Deutschland zum Erliegen bringen. Darüber hinaus ist die Erholung in Deutschland schon deshalb labil, weil sie bislang weitgehend von einer stärkeren Auslandsnachfrage abhängt. Diese kann auch rasch wieder schwächer werden, etwa wegen einer allgemeinen Eintrübung der internationalen Konjunktur, oder weil die deutschen Anbieter weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Ein selbsttragender Aufschwung würde sich vor allem durch ein Wiederanziehen der privaten Investitionen auszeichnen, deren Voraussetzung eine Rückkehr des Vertrauens von Investoren in die Qualität des Wirtschaftsstandorts Deutschland wäre.

Auch die ostdeutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2026 mit 1,1% merklich expandieren. Die Erholung fällt aber schwächer aus als in Deutschland insgesamt (1,4%), denn sie ist von einer höheren Auslandsnachfrage getrieben, und die profitierenden Exportindustrien haben in Westdeutschland ein stärkeres Gewicht als im Osten. Danach dürfte der Zuwachs der ostdeutschen Wirtschaft mit 0,8% im Jahr 2027 und 0,3% im Jahr 2028 in etwa so hoch sein wie der in Deutschland insgesamt. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2026 7,9% betragen und in den beiden Folgejahren jeweils um 0,1 Prozentpunkte zurückgehen.

Kasten 2

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Zur Bestimmung des Produktionspotenzials verwendet das IWH die Methode, die von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Darüber hinaus berechnet das IWH das Produktionspotenzial auch mit der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose verwendeten modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der die Fortschreibungsmodelle an die empirischen Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2031 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,2% (vgl. Tabelle K2). Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate liegt bis zum Jahr 2030, dem letzten vergleichbaren Datenpunkt, um knapp 0,2 Prozentpunkte höher als in der vorherigen Projektion vom Juni. Das Niveau des Produktionspotenzials liegt bereits im Jahr 2025 um 1,3% über dem Wert der vorherigen Schätzung. Diese Anpassung ist auf die jüngste Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückzuführen. Das revisionsbedingt höhere Bruttoinlandsprodukt lässt sich bei unverändertem Kapitalstock nur teilweise durch einen höheren Arbeitseinsatz erklären. Der verbleibende Teil schlägt sich in einer höheren Totalen Faktorproduktivität (TFP) nieder. Diese ist nach dem aktuellen Datenstand seit 2011 stärker gestiegen als auf Basis des vorherigen Datenstands. Das daraus resultierende höhere TFP-Wachstum wird in die Zukunft fortgeschrieben und erhöht somit auch das projizierte Potenzialwachstum.

Tabelle K2

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %[1]

	1996 – 2025[2]		EU-Methode				Modifizierte EU-Methode (MODEM)			
			1996 – 2025		2025 – 2031		1996 – 2025		2025 – 2031	
Produktionspotenzial	1,2		1,2		0,5		1,2		0,2	
Kapitalstock	1,4	(0,5)	1,4	(0,5)	0,7	(0,3)	1,4	(0,5)	0,7	(0,2)
TFP	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,4	(0,4)	0,6	(0,6)	0,3	(0,3)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	–0,4	(–0,2)	0,2	(0,1)	–0,5	(–0,4)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		–0,3		0,0		–0,3	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,2		0,5		0,0	
Erwerbslosenquote	0,2		0,2		–0,1		0,2		0,0	
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,4		–0,4		–0,2		–0,4		–0,2	
nachrichtlich:										
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		0,8		1,0		0,8	

[1] Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – [2] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Konjunkturbereinigung der öffentlichen Finanzierungssalden erfolgt nach dem EU-Verfahren, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten. Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,5% eine höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials, was im Wesentlichen aus einer höheren projizierten Partizipationsquote resultiert.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante G2-L2-W1 der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Dezember 2025, die auf moderaten Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und zum Anstieg der Lebenserwartung sowie einer niedrigen Annahme zur Nettozuwanderung beruht. In der vorliegenden Projektion wurde die Vorausberechnung an die aktuellen Wanderungsdaten angepasst. Der Wanderungssaldo verringerte sich im vergangenen Jahr um knapp die Hälfte. Mit 235 000 Personen lag er jedoch aufgrund der kriegsbedingten Zuwanderung aus der Ukraine noch oberhalb der in der Wanderungsvariante W1 unterstellten Nettozuwanderung von 150 000 Personen. Angesichts der in den ersten Monaten des Jahres 2026 weiter deutlich gesunkenen Nettozuwanderung dürfte dieser Wert im laufenden Jahr nicht mehr überschritten werden. Für den Projektionszeitraum wird daher ein konstanter Wanderungssaldo von 150 000 Personen unterstellt.

Unter Berücksichtigung der genannten Annahmen wird im Zuge der Alterung die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) kontinuierlich sinken. Bis zum Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2031 beträgt der

Rückgang 1,3 Millionen Personen. Dabei wird die Partizipation, die in den vergangenen Jahren weitestgehend konstant geblieben war, gegen Ende des Projektionszeitraums leicht zurückgehen, da bevölkerungsreiche Alterskohorten im Zuge der demografischen Alterung eine geringere Erwerbsbeteiligung aufweisen. Insgesamt sinkt die trendmäßige Partizipationsrate bis 2031 nur leicht von 75,9% auf 75,7%.

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (SELO) berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, leitet sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen ab, welche mittels Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche SELO betrug im Jahr 2025 demnach 3,4%. Sie dürfte aufgrund sinkender Erwerbslosenquoten der Geflüchteten bis 2031 auf 3,2% sinken.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte zum Ende der Kurzfrist im Jahr 2028 ihren trendmäßigen Wert leicht übersteigen. Danach wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch etwas weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 14 Stunden bzw. 1%.

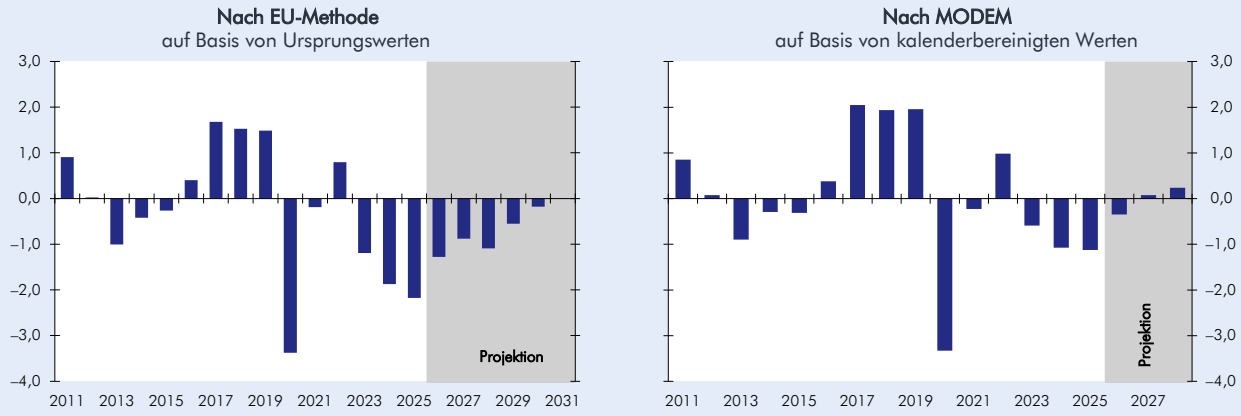
Alles in allem begann das potenzielle Arbeitsvolumen bereits im Jahr 2025 zu sinken. Während der Rückgang zunächst vor allem auf die sinkende trendmäßige Arbeitszeit zurückzuführen war, dämpft ab diesem Jahr insbesondere der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung. In der mittleren Frist wirken mit Ausnahme der leicht sinkenden strukturellen Erwerbslosenquote alle Faktoren dämpfend. Über den gesamten Projektionszeitraum sinkt das potenzielle Arbeitsvolumen um jahresdurchschnittlich 0,5% und dämpft das Potenzialwachstum um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte pro Jahr.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,7% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,2 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,3% betragen und 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K2

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergab sich für das Jahr 2025 eine Produktionslücke von –1,1%. Zum Ende des kurzfristigen Prognosezeitraums (2028) ist die deutsche Wirtschaft in etwa normal ausgelastet (vgl. Abbildung K2).

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP)	Bruttoinlandsprodukt[1]				Verbraucherpreise[1]				Arbeitslosenquote[2]			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Europa	29,6	1,5	1,2	1,5	1,4	4,6	4,4	3,8	3,1				
EU 27	20,3	1,5	1,2	1,4	1,3	2,3	2,8	2,5	1,8	6,0	5,9	5,8	5,8
Großbritannien	3,8	1,3	1,2	1,2	1,3	3,4	3,1	2,7	2,5	4,9	4,9	4,9	4,9
Schweiz	1,0	1,6	1,2	1,4	1,5	0,2	0,4	0,7	0,7	4,3	5,0	4,8	4,6
Norwegen	0,5	1,1	1,6	1,8	1,7	3,0	3,2	2,5	2,3	4,5	4,5	4,5	4,5
Russland	2,5	1,0	0,9	1,4	1,2	8,7	6,0	4,5	4,5				
Türkei	1,5	3,6	2,7	3,5	3,5	34,9	30,0	25,0	22,0				
Amerika	37,2	2,1	2,0	2,2	2,2								
USA	29,4	2,1	2,1	2,2	2,2	2,7	3,2	2,4	2,3	4,3	4,3	4,4	4,3
Kanada	2,2	1,9	1,1	2,1	2,0	2,1	2,7	2,3	2,0	6,9	6,6	6,5	6,3
Lateinamerika[3]	5,7	2,1	1,9	2,1	2,3								
Asien	33,2	4,6	4,4	4,0	3,9								
Japan	4,2	1,1	0,9	0,9	0,8	3,2	1,9	2,0	2,0	2,5	2,5	2,6	2,6
China ohne Hongkong	18,7	5,0	4,5	4,3	4,2								
Südkorea	1,8	1,0	3,4	2,2	2,1	2,1	2,7	2,2	2,2	2,8	2,8	2,8	2,8
Indien	3,7	7,6	6,6	6,7	7,2								
Ostasien ohne China[4]	4,7	5,2	5,4	4,1	3,9								
Insgesamt[5]	100,0	2,8	2,6	2,6	2,6								
fortgeschrittene Volkswirtschaften[6]	65,0	1,9	1,8	1,8	1,8	2,6	2,9	2,4	2,1	4,7	4,7	4,7	4,7
Schwellenländer[7]	35,0	4,4	3,9	4,0	4,0								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet[8]	–	2,1	1,9	2,0	2,0								
gewichtet n. Kaufkraftparitäten[9]	–	3,4	3,1	3,1	3,1								
Welthandel[10]	–	5,1	5,3	2,3	2,3								

[1] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2025 in US-Dollar.
[2] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2025.
[3] Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.
[4] Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).
[5] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2025 in US-Dollar.
[6] EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.
[7] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.
[8] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2025.
[9] Kaufkraftparitäten nach IWF für das Jahr 2025.
[10] Realer Güter- und Dienstleistungshandel.

Quellen: IWF; OECD; ILO; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2025	2026	2027	2028
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,1	2,1	2,2	2,2
privater Konsum	2,6	2,1	2,3	2,3
Staatskonsum und -investitionen	1,1	0,7	1,3	1,7
private Anlageinvestitionen	2,7	3,4	2,4	2,4
Vorratsveränderungen[1]	–0,1	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,4	2,1	2,2	2,2
Exporte	1,6	2,6	2,7	2,4
Importe	2,7	2,4	2,5	2,7
Außenbeitrag[1]	–0,2	–0,1	–0,1	–0,2
Verbraucherpreise	2,7	3,3	2,3	2,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[2]	–7,3	–7,8	–7,6	–7,3
Leistungsbilanzsaldo	–3,6	–3,2	–3,3	–3,5
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,0	4,3	4,4	4,3

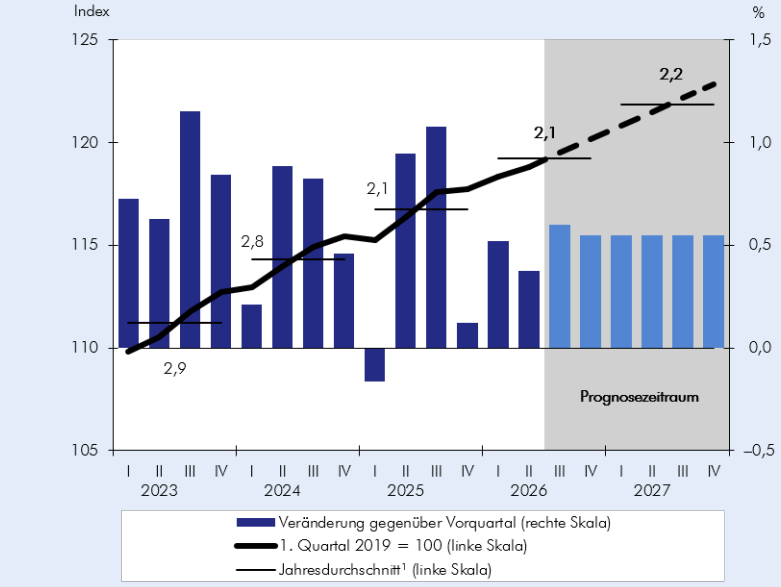
[1] Wachstumsbeitrag. – [2] Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Abbildung A1

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

Saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2025	2026	2027	2028
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,0	1,2	1,1
privater Konsum	1,4	1,1	1,2	1,2
öffentlicher Konsum	1,4	1,9	0,9	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	1,4	1,7	1,9
inländische Verwendung	2,0	1,4	1,2	1,3
Exporte[1]	1,9	1,9	1,2	1,2
Importe[1]	3,5	3,5	1,2	1,2
Außenbeitrag[2]	0,8	–0,3	0	–0,1
Verbraucherpreise[3]	2,4	2,8	2,4	1,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo[4]	–2,9	–3,1	–3,2	–3,2
Leistungsbilanzsaldo	1,6	2,0	2,0	1,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote[5]	6,3	6,3	6,2	6,1

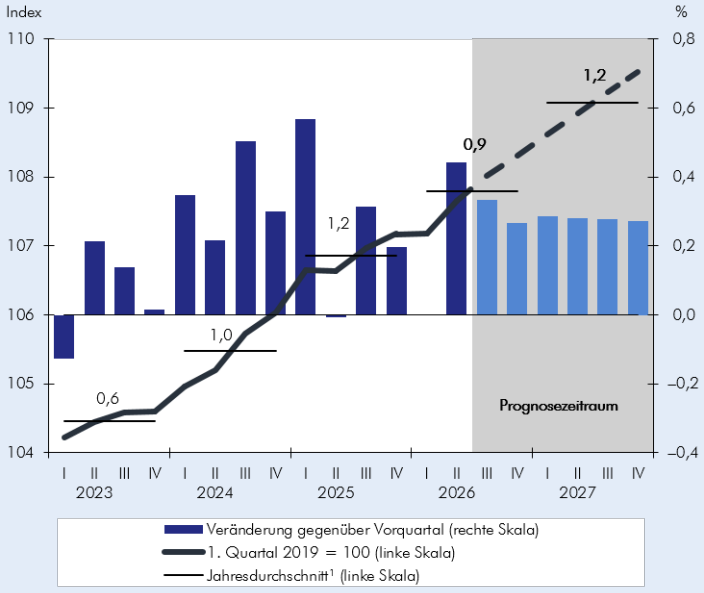
[1] Einschließlich Intrahandel. – [2] Wachstumsbeitrag. – [3] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [4] Gesamtstaatlich. – [5] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Abbildung A2

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Verbraucherpreise[2] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Arbeitslosenquote[3] in %			
		2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Deutschland	23,8	0,3	1,1	0,7	0,4	2,3	2,7	2,7	2,1	3,8	4,0	4,0	3,8
Frankreich	15,9	0,9	0,7	1,1	1,2	0,9	2,0	1,7	1,4	7,7	8,1	7,9	7,8
Italien	12,0	0,7	1,0	0,7	0,7	1,6	2,5	2,4	1,2	6,1	5,5	5,6	5,8
Spanien	9,0	2,8	2,6	1,9	1,8	2,7	3,6	3,2	2,0	10,5	10,1	9,9	9,7
Niederlande	6,3	1,6	1,3	1,1	1,4	3,0	2,9	2,3	1,3	3,9	3,9	3,8	3,9
Belgien	3,4	1,0	0,6	1,0	1,6	3,0	3,5	2,8	1,6	6,2	6,2	6,1	6,1
Irland	3,4	8,1	-6,8	3,8	3,0	2,1	3,0	1,7	1,5	4,7	5,0	5,0	5,1
Österreich	2,7	1,0	0,8	1,1	1,2	3,6	2,8	2,1	1,6	5,7	5,7	5,7	5,7
Portugal	1,6	1,9	2,3	2,0	1,5	2,2	3,0	2,5	1,5	6,0	5,6	5,3	5,2
Finnland	1,5	0,8	2,1	1,2	1,0	1,8	2,4	1,8	1,4	9,7	10,3	9,8	9,5
Griechenland	1,3	2,2	1,8	1,8	1,6	2,9	3,7	1,9	1,4	8,9	8,6	8,4	8,5
Slowakei	0,7	0,8	0,9	1,6	2,1	4,2	3,5	2,4	1,9	5,4	5,8	6,0	6,0
Bulgarien	0,6	3,2	2,6	2,2	2,2	3,5	4,1	3,7	2,2	3,5	3,0	3,2	3,4
Kroatien	0,5	3,4	1,8	2,3	2,7	4,4	3,6	1,4	1,6	4,9	4,3	4,2	4,3
Luxemburg	0,5	0,6	1,4	2,0	1,9	2,5	3,2	1,8	1,4	6,6	7,0	6,9	6,8
Litauen	0,4	2,9	3,0	2,0	1,9	3,4	4,9	3,9	1,9	6,9	7,1	7,2	7,4
Slowenien	0,4	0,9	4,1	2,2	1,8	2,5	3,0	2,5	1,8	3,9	3,9	3,7	3,7
Lettland	0,2	2,1	2,1	1,5	1,5	3,8	2,7	1,7	1,5	6,9	6,7	7,0	7,3
Estland	0,2	0,6	2,3	1,8	2,3	4,8	2,6	2,5	2,0	7,4	6,7	7,4	7,7
Zypern	0,2	3,8	3,0	2,8	2,8	0,8	3,2	2,7	1,6	4,4	3,2	3,2	3,4
Malta	0,1	4,4	4,2	3,5	3,1	2,4	2,0	2,0	2,0	3,0	3,4	3,2	3,2
Euroraum insgesamt	84,8	1,3	0,9	1,2	1,1	2,1	2,8	2,4	1,7	6,3	6,3	6,2	6,1
Euroraum ohne Deutschland	61,0	1,7	0,9	1,4	1,4	2,1	2,8	2,3	1,5	7,1	7,0	6,9	6,9
Polen	4,9	3,6	3,4	3,0	2,6	3,3	3,1	3,0	2,8	3,2	3,1	3,0	3,0
Schweden	3,2	1,6	2,5	2,0	1,9	2,6	1,1	1,7	1,7	8,9	8,7	8,5	8,4
Dänemark	2,2	3,5	3,8	1,6	1,9	1,8	1,6	3,1	1,9	6,4	6,5	5,6	5,3
Rumänien	2,0	0,7	-0,9	2,9	3,0	6,8	8,3	5,0	3,7	6,1	6,3	6,2	6,2
Tschechien	1,8	2,7	1,9	2,3	2,4	2,3	1,7	1,9	2,3	2,9	3,1	2,8	2,7
Ungarn	1,2	0,4	1,9	2,4	2,3	4,5	2,4	1,9	2,1	4,4	4,5	4,5	4,5
EU 27[4]	100,0	1,5	1,2	1,4	1,3	2,3	2,8	2,5	1,8	6,0	5,9	5,8	5,8
MOE–Länder[5]	13,0	2,4	2,1	2,6	2,5	3,9	3,8	3,0	2,6	4,4	4,3	4,3	4,3

[1] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.
[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
[3] Standardisiert.
[4] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2025 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2025.
[5] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Bulgarien, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A5

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2026

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Sommerprognose 2026		IWH Herbstprognose 2026		Prognosekorrektur für 2026	
	Prognosewerte für 2026		Prognosewerte für 2026		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	0,8	0,8	1,0	1,0	0,2	0,2
Privater Konsum	0,5	0,3	0,5	0,3	0,0	0,0
Staatlicher Konsum	3,8	0,9	2,8	0,6	–1,0	–0,3
Bauten	–0,4	–0,0	–1,0	–0,1	–0,6	–0,1
Ausrüstungen	1,2	0,1	1,8	0,1	0,6	–
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	0,1	2,5	0,1	–1,0	–
Vorratsveränderungen	–	–0,5	–	0,0	–	0,5
Außenbeitrag	–	0,1	–	0,4	–	0,3
Ausfuhr	2,3	0,9	4,0	1,6	1,7	0,7
Einfuhr	2,1	–0,8	3,3	–1,2	1,2	–0,4
Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,9	1,4	1,4	0,5	0,5
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt USA	2,2	–	2,1	–	–0,1	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,3	–	0,9	–	0,6	–
Welthandel	2,7	–	5,3	–	2,6	–
Verbraucherpreise	2,7	–	2,6	–	–0,1	–

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A6

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[1]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,6	–0,1	–0,1	1,0	–0,6	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
öffentlicher Konsum	–0,7	0,8	0,8	1,2	0,9	0,1	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Bauten	0,7	–1,2	–0,5	0,6	–1,8	0,1	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	–0,2	–2,0	1,1	2,8	–1,7	–1,4	1,8	2,4	0,1	0,6	0,5	0,5
sonstige Anlagen	–0,1	0,5	0,7	0,5	0,3	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Vorratsinvestitionen[2]	–0,1	0,8	0,0	–0,5	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,1	0,7	0,2	0,5	–0,3	0,1	0,4	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2
Außenbeitrag[2]	0,0	–0,7	–0,2	–0,3	0,7	0,2	0,0	–0,4	–0,1	–0,1	–0,1	–0,1
Exporte	1,5	–1,2	–0,7	–0,1	2,4	2,0	0,8	–0,1	0,4	0,5	0,5	0,5
Importe	1,6	0,6	–0,2	0,5	0,5	1,5	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	0,0	0,3	0,4	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

[1] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [2] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A7

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[1]

in Prozentpunkten

	2025	2026	2027	2028
Konsumausgaben	1,1	0,9	0,7	0,4
private Konsumausgaben	0,7	0,3	0,4	0,2
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,6	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	–0,1	0,1	0,5	0,3
Bauten	–0,1	–0,1	0,2	0,1
Ausrüstungen	–0,1	0,1	0,2	0,1
sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,7	0,0	0,0	–0,1
inländische Verwendung	1,7	1,0	1,2	0,6
Außenbeitrag	–1,5	0,4	–0,4	–0,5
Exporte	–0,4	1,6	0,9	0,5
Importe	–1,1	–1,2	–1,3	–1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,2	1,4	0,8	0,2

[1] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A8

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2025	2026	2027	2028
statistischer Überhang[1]	0,2	0,2	0,4	0,2
Jahresverlaufsrate[2]	0,3	1,3	0,5	0,3
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,3	1,1	0,7	0,4
Kalendereffekt[3]	–0,1	0,3	0,1	–0,2
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[4]	0,2	1,4	0,8	0,2

[1] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [2] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [3] In % des realen BIP. – [4] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A9

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2025 und 2026

	2025	2026[1]	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	42 214	42 069	–145	–0,3
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 963	34 887	–76	–0,2
Geförderte[2]	157	185	28	18,1
nicht geförderte	34 806	34 702	–105	–0,3
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 121	4 036	–85	–2,1
sonstige	3 130	3 147	17	0,5
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 665	3 612	–53	–1,4
geförderte Selbstständigkeit	21	23	2	7,1
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 643	3 589	–55	–1,5
Erwerbstätige (Inland)	45 878	45 681	–197	–0,4
staatlich subventionierte Erwerbstätige	482	451	–31	–6,5
geförderte Erwerbstätige[3]	178	208	30	16,7
Kurzarbeit	304	243	–61	–20,1
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 396	45 230	–166	–0,4
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	1,1	1,0		

[1] Prognose des IWH. – [2] Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – [3] Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A10

Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2025	2026	2027	2028
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	–0,9	4,0	2,2	1,3
Importe, real	2,9	3,3	3,4	2,5
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	40,1	41,7	42,2	42,1
Importe, nominal	37,9	39,5	40,6	41,0
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	100,3	104,3	77,0	55,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A11

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2025	2026	2027	2028
Anlageinvestitionen insgesamt	–0,6	0,5	2,6	1,4
Bauinvestitionen insgesamt	–1,0	–1,0	1,6	0,5
Wohnbauten	–2,4	–1,9	0,6	0,2
Nichtwohnbauten insgesamt	1,1	0,2	3,1	1,0
gewerbliche Bauten	–0,9	0,2	1,1	0,4
öffentliche Bauten	3,9	0,2	5,7	1,8
Ausrüstungen	–1,3	1,8	3,6	1,5
sonstige Anlagen	1,7	2,5	3,6	3,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A12

Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[1] in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2025	2026	2027	2028
verfügbare Einkommen, nominal	2,8	3,2	3,4	2,7
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,5	3,8	3,2	2,1
monetäre Sozialleistungen	5,5	4,8	4,3	4,8
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	0,6	0,8	2,4	1,7
Sparen	–5,8	2,9	2,9	3,1
private Konsumausgaben, nominal	3,8	3,2	3,4	2,6
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,4	3,8	3,4	2,4
Sparquote (in %)	10,1	10,1	10,0	10,1
Preisindex des privaten Konsums	2,5	2,7	2,6	2,3
private Konsumausgaben, real	1,3	0,5	0,8	0,4

[1] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A13

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2026				2027			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
darunter								
Bruttowertschöpfung	0,3	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,3	0,7	0,5	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	0,5	0,9	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Energie- und Wasserversorgung	–0,6	–0,5	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Baugewerbe	–0,6	–0,1	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,5	0,3	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Information und Kommunikation	1,1	0,6	0,7	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,4	–0,7	0,3	–0,4	–0,2	–0,2	–0,2	–0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,6	0,5	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	0,3	0,3	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
öffentliche Dienstleister	0,3	0,6	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
sonstige Dienstleister	–0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

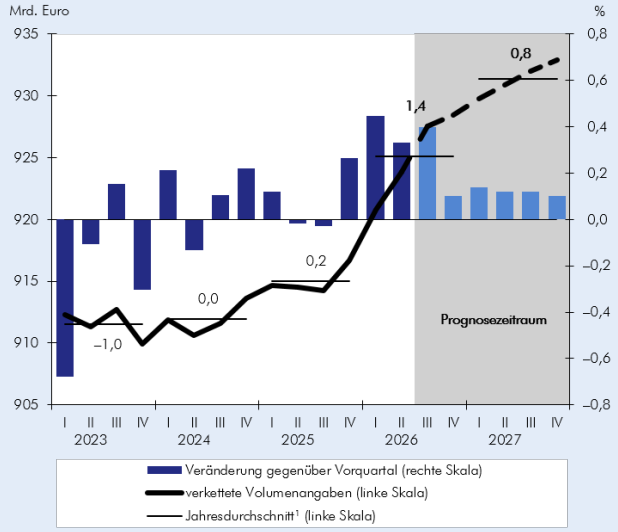
[1] Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



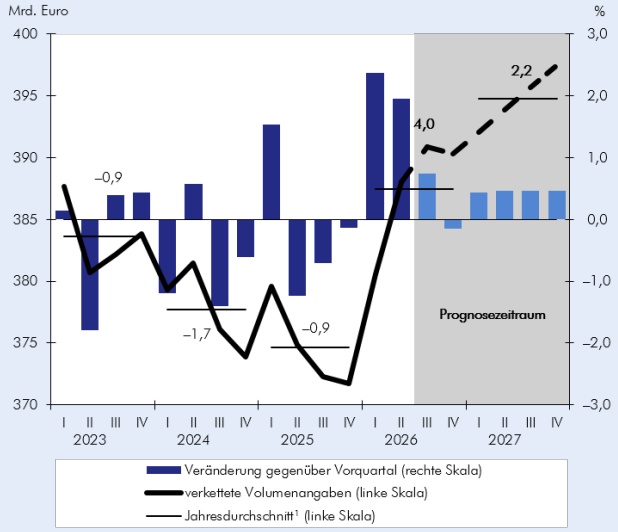
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A4

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



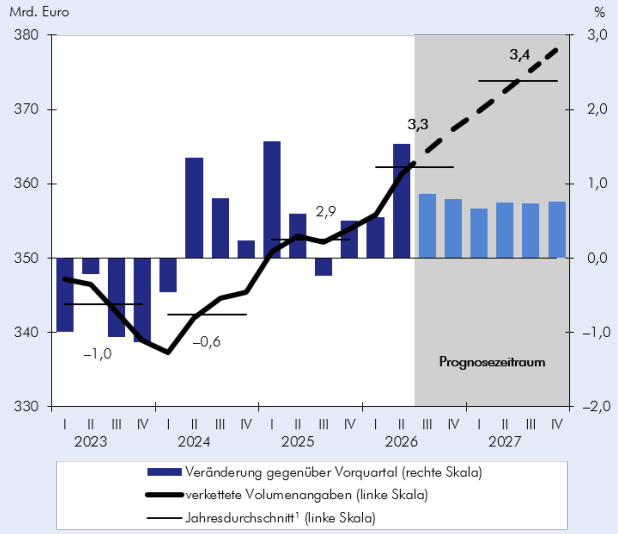
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A5

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



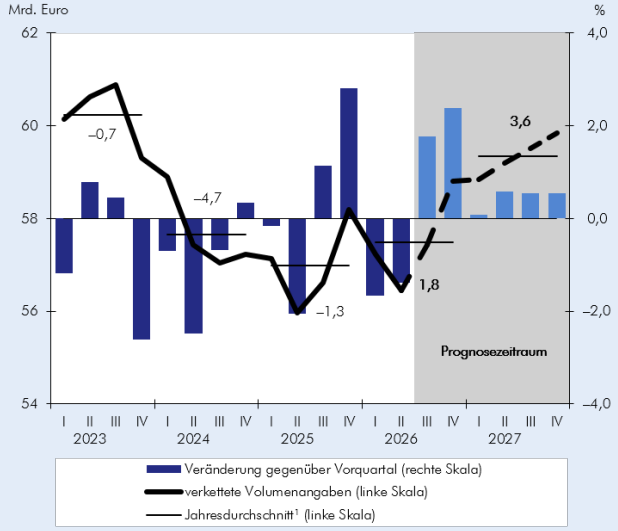
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A6

Reale Investitionen in Ausrüstungen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



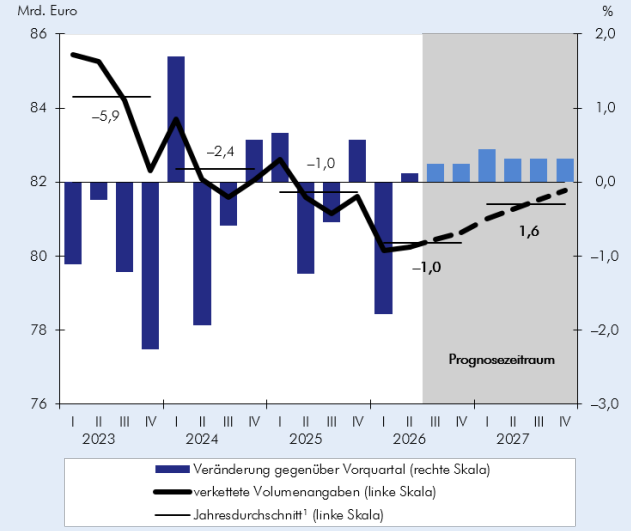
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



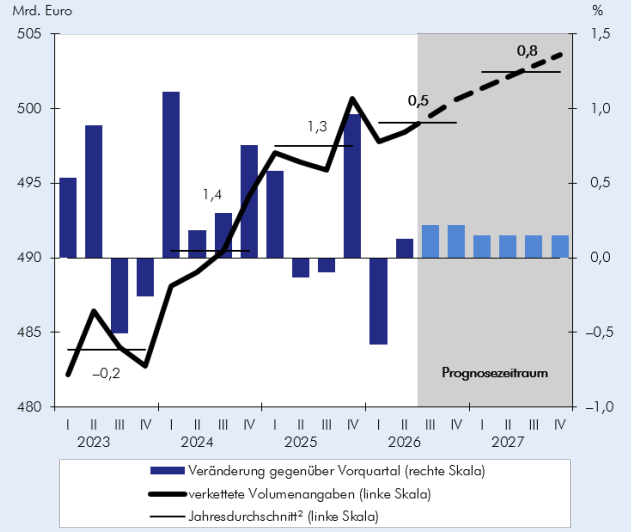
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



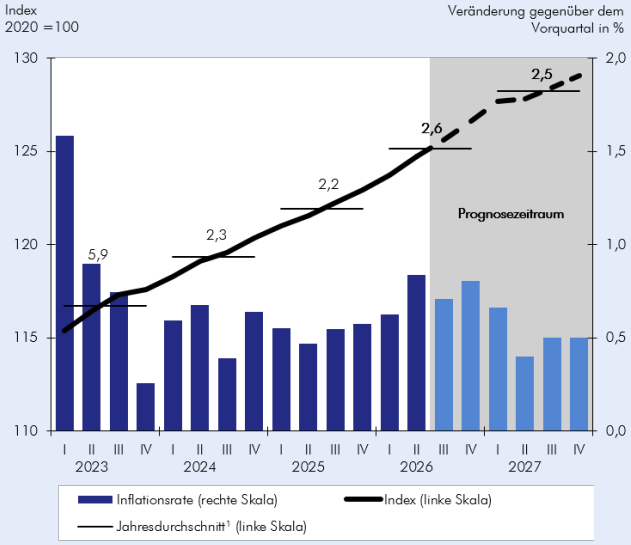
[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A9

Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



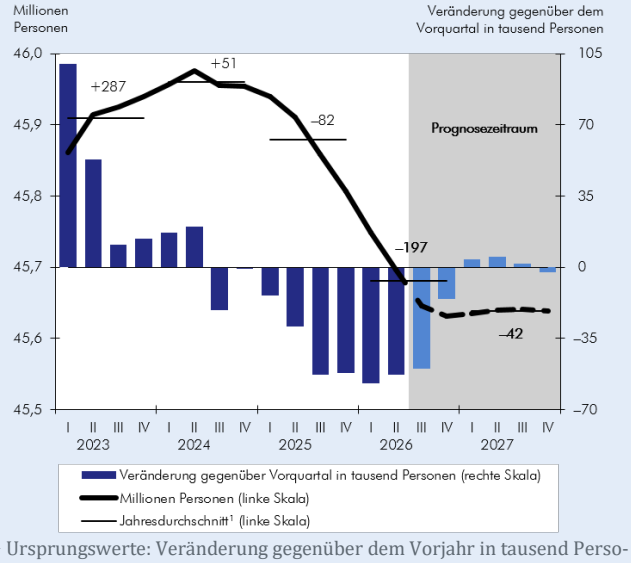
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A10

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

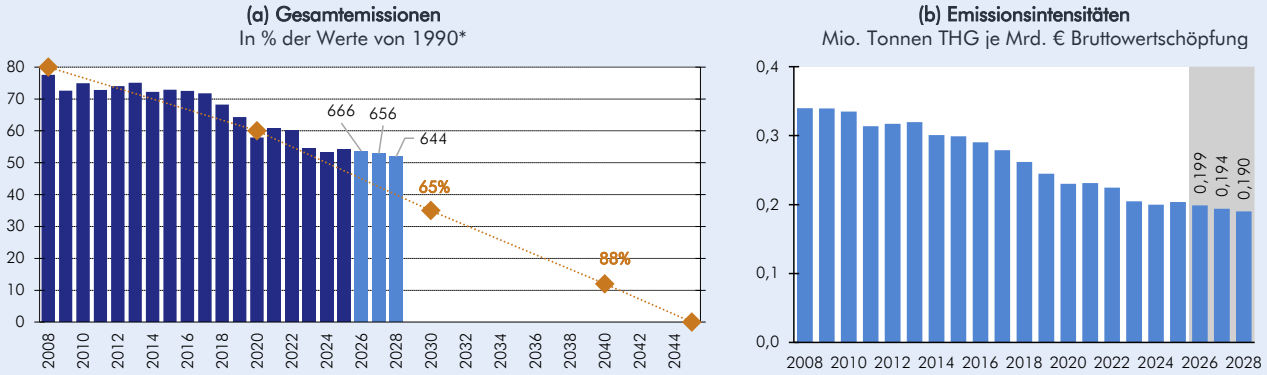


[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A11

Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2028



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft, in: Konjunktur aktuell, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO_2-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 dar (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A14

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2026	2027	2028
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Steuerfortentwicklungsgesetz	–5,7	–1,1	–0,4
Steuerliches Investitionssofortprogramm	–3,4	–5,2	–7,0
Einkommensteuerreformgesetz 2027		–0,3	–3,3
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,1	–0,1	–0,1
Jahressteuergesetz 2022	–1,1	–0,1	0,0
Jahressteuergesetz 2024	0,7	–0,7	0,0
Jahressteuergesetz 2026		–0,4	0,3
Temporäre Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel	–1,6	1,6	0,0
Zuckerabgabe			0,5
Aktivrente	–0,9	0,0	0,0
Reform der privaten Altersvorsorge			–0,1
Steueränderungsgesetz 2025	–4,8	–0,9	–0,1
Inflations-Ausgleichsgesetz	–0,5	–0,4	–0,5
Senkung der Luftverkehrsteuer	–0,2	–0,2	0,0
Wachstumschancengesetz	–0,8	0,4	0,7
Degressive AfA (alt)	3,8	0,0	0,0
Plastikabgabe	1,4	0,0	0,0
Globale Mindestbesteuerung	1,0	–0,2	–0,2
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,8	0,0	0,0
Änderungen bei der Lkw-Maut	0,2	0,0	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen[2]	0,4	–0,4	0,0
CO_2-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	4,4	0,5	5,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte im Jahr 2026	5,0	0,0	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2028 um 1,3 Prozentpunkte			15,0
Pflegeneuordnungsgesetz		3,9	0,5
GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz		4,3	1,6
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Sondervermögen ‚Infrastruktur und Klimaneutralität'	–5,0	–8,0	–8,0
Sondervermögen KTF (ohne Netzentgelte)	–2,0	–2,0	–1,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	–0,5	0,0	0,0
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	0,0	0,0
Kaufprämie für Elektroautos	–0,2	–0,6	–0,2
Industriestrompreis		–1,5	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung Kindergeld	–0,1	–0,1	–0,1
Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung Kindergeld	–0,6	0,3	0,1
Einkommensteuerreformgesetz 2027: Anhebung Kindergeld		–1,2	–0,8
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	0,0	–8,0	–7,0
Zusätzliche Hilfen für die Ukraine	–3,0	0,0	0,0
Kürzungen beim Wohngeld		0,5	1,0
Abschaffung der Gasspeicherumlage	3,4	0,0	0,0
Zuschuss zu den Netzkosten der Stromübertragung	–6,5	1,0	0,0
Änderungen beim BAföG		–0,2	–0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Rentenpaket 2025: Fixierung Rentenniveau und Aufstockung Mütterrente			–4,4
Frühstartrente		–0,1	–0,1
Notfallreform		0,2	0,4
Pflegeneuordnungsgesetz		7,0	6,0
GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz		13,7	5,1
Krankenhausreform	–0,2	–0,5	–0,2
Endbudgetierung der Hausärzte	–0,3	0,0	0,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[4]	**–16,7**	**1,2**	**2,4**
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,4	0,0	0,0

[1] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – [2] Reform der Investmentbesteuerung, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen.– [3] Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – [4] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15

Entwicklung der Nettoprimärausgaben

	2025	2026	2027	2028
in Mrd. Euro				
Staatsausgaben	2 274,4	2 389,4	2 499,0	2 599,2
– Zinsausgaben	49,0	54,8	59,5	64,2
– zyklische Arbeitsmarktausgaben	5,2	8,5	7,9	5,7
– Ausgaben für Programme der EU und für national kofinanzierte EU-Programme	9,4	13,8	11,7	12,0
– ausgabeseitige Einmaleffekte	0,0	0,0	0,0	0,0
= Nettoprimärausgaben	2 210,8	2 312,3	2 420,0	2 517,3
Veränderung Nettoprimärausgaben	115,6	101,5	107,7	97,4
– diskretionäre einnahmeseitige Maßnahmen	29,2	7,6	5,5	20,9
Veränderung bereinigte Nettoprimärausgaben	86,3	93,9	102,2	76,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
Nettoprimärausgaben	4,1	4,2	4,4	3,2
Nettoprimärausgaben mit Verteidigungsflexibilität (NEC)	5,1	4,0	3,6	3,3
nachrichtlich: Deutscher Fortschrittsbericht 2026	3,9			
Ausgabepfad laut FSP mit NEC	4,4	4,5	2,3	1,7

Quellen: AMECO; Statistisches Bundesamt; Bundesregierung; Schätzungen des IWH.

Tabelle A16

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 104,4	2 727,8	502,7	873,8	–
2	–	Abschreibungen	918,3	497,9	126,7	293,8	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 186,0	2 229,9	376,1	580,1	–100,3
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 465,6	1 787,4	383,8	294,5	21,3
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,5	29,7	0,4	10,4	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	60,1	57,6	0,2	2,3	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	740,0	470,3	–7,8	277,5	–121,6
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 472,1	–	–	2 472,1	14,8
9	–	geleistete Subventionen	55,7	–	55,7	–	4,4
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	459,9	–	459,9	–	5,9
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 089,0	993,6	49,0	46,4	387,7
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 245,2	694,6	30,0	520,7	231,5
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 772,5	171,3	377,3	3 224,0	–261,5
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	558,2	124,6	–	433,6	14,2
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,6	–	571,6	–	0,8
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	994,2	–	–	994,2	4,0
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	992,8	168,8	823,1	0,9	5,4
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	844,2	96,3	746,9	0,9	0,7
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	835,1	–	–	835,1	9,8
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	496,1	286,9	95,7	113,5	100,6
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	435,7	259,6	30,9	145,2	161,0
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 715,0	91,8	960,3	2 662,9	–203,9
23	–	Konsumausgaben	3 461,9	–	1 012,8	2 449,1	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	–
25	=	Sparen	253,1	30,1	–52,5	275,5	–203,9
26	–	geleistete Vermögenstransfers	115,0	13,7	80,4	20,9	9,1
27	+	empfangene Vermögenstransfers	95,7	54,9	25,2	15,6	28,4
28	–	Bruttoinvestitionen	967,5	531,1	156,1	280,3	–
29	+	Abschreibungen	918,3	497,9	126,7	293,8	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,0	19,3	–0,6	0,3	–19,0
31	=	Finanzierungssaldo	165,6	18,7	–136,5	283,3	–165,6
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 715,0	91,8	960,3	2 662,9	–203,9
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	633,1	–	633,1	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	633,1	–	–	633,1	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 715,0	91,8	327,1	3 296,0	–203,9
36	–	Konsum[3]	3 461,9	–	379,7	3 082,3	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	–
38	=	Sparen	253,1	30,1	–52,5	275,5	–203,9

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2026

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 277,3	2 854,2	521,5	901,6	–
2	–	Abschreibungen	956,2	517,0	133,8	305,4	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 321,1	2 337,2	387,7	596,2	–104,3
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 556,9	1 855,2	395,7	306,0	22,0
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,3	35,6	0,4	12,3	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	65,8	63,7	0,2	1,9	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	781,7	510,2	–8,3	279,8	–126,3
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 563,9	–	–	2 563,9	15,0
9	–	geleistete Subventionen	61,5	–	61,5	–	4,3
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	470,6	–	470,6	–	6,0
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 235,5	1 132,4	54,8	48,3	390,1
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 400,4	845,4	29,0	526,1	225,1
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 919,7	223,1	375,0	3 321,6	–274,6
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	567,8	124,3	–	443,5	14,3
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	581,3	–	581,3	–	0,8
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	1 033,0	–	–	1 033,0	4,1
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	1 031,6	173,0	857,8	0,9	5,5
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	884,9	100,2	783,8	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	875,3	–	–	875,3	10,2
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	516,7	295,1	104,4	117,2	106,9
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	453,6	275,3	32,2	146,2	170,1
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 859,2	151,8	958,0	2 749,4	–214,1
23	–	Konsumausgaben	3 594,7	–	1 066,9	2 527,8	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
25	=	Sparen	264,5	89,9	–108,9	283,5	–214,1
26	–	geleistete Vermögenstransfers	116,8	18,3	80,5	18,0	7,7
27	+	empfangene Vermögenstransfers	95,3	56,9	22,6	15,8	29,2
28	–	Bruttoinvestitionen	1 006,6	560,4	157,5	288,7	–
29	+	Abschreibungen	956,2	517,0	133,8	305,4	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	12,3	12,6	–0,7	0,5	–12,3
31	=	Finanzierungssaldo	180,2	72,5	–189,7	297,3	–180,2
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 859,2	151,8	958,0	2 749,4	–214,1
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	670,7	–	670,7	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	670,7	–	–	670,7	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 859,2	151,8	287,3	3 420,0	–214,1
36	–	Konsum[3]	3 594,7	–	396,2	3 198,5	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
38	=	Sparen	264,5	89,9	–108,9	283,5	–214,1

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2027

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 420,9	2 947,8	542,1	930,9	–
2	–	Abschreibungen	997,0	539,8	141,6	315,6	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 423,8	2 408,0	400,5	615,3	–77,0
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 645,7	1 920,1	408,9	316,7	22,5
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	54,2	40,0	0,4	13,8	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	69,3	67,2	0,2	2,0	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	793,2	515,1	–8,6	286,7	–99,5
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 653,0	–	–	2 653,0	15,2
9	–	geleistete Subventionen	65,0	–	65,0	–	4,3
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	491,0	–	491,0	–	6,0
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 298,9	1 190,5	59,5	48,9	393,8
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 469,1	901,8	29,2	538,1	223,6
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	4 042,5	226,4	387,2	3 428,9	–252,8
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	587,6	126,9	–	460,8	15,0
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	601,8	–	601,8	–	0,8
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	1 074,6	–	–	1 074,6	4,2
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	1 073,3	177,6	894,9	0,9	5,5
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	922,9	104,7	817,4	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	913,0	–	–	913,0	10,5
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	517,6	303,2	109,5	104,9	113,8
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	454,4	279,9	33,0	141,5	177,0
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 982,3	149,1	990,1	2 843,1	–192,6
23	–	Konsumausgaben	3 720,6	–	1 107,0	2 613,6	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
25	=	Sparen	261,6	87,0	–116,9	291,6	–192,6
26	–	geleistete Vermögenstransfers	118,8	18,0	82,2	18,6	6,5
27	+	empfangene Vermögenstransfers	96,9	57,6	23,4	16,0	28,4
28	–	Bruttoinvestitionen	1 066,1	587,4	174,5	304,2	–
29	+	Abschreibungen	997,0	539,8	141,6	315,6	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	12,3	12,1	–0,7	1,0	–12,3
31	=	Finanzierungssaldo	158,3	66,7	–207,9	299,5	–158,3
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 982,3	149,1	990,1	2 843,1	–192,6
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	698,2	–	698,2	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	698,2	–	–	698,2	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 982,3	149,1	291,9	3 541,4	–192,6
36	–	Konsum[3]	3 720,6	–	408,8	3 311,8	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
38	=	Sparen	261,6	87,0	–116,9	291,6	–192,6

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2028

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 536,5	3 016,3	563,2	957,1	–
2	–	Abschreibungen	1 040,8	564,5	149,9	326,4	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 495,7	2 451,8	413,3	630,7	–55,6
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 715,7	1 968,9	421,9	324,8	22,6
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	62,4	46,1	0,4	15,9	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	70,9	68,7	0,2	2,0	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	788,5	505,5	–8,9	291,9	–78,2
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 722,8	–	–	2 722,8	15,5
9	–	geleistete Subventionen	66,6	–	66,6	–	4,3
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	510,2	–	510,2	–	6,1
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	1 430,9	1 317,3	64,2	49,4	398,9
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	1 609,1	1 032,6	29,8	546,8	220,7
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	4 133,2	220,7	400,4	3 512,1	–239,2
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	601,3	130,5	–	470,8	15,7
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	616,2	–	616,2	–	0,8
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	1 115,5	–	–	1 115,5	4,3
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	1 114,3	182,7	930,7	0,9	5,5
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	967,2	109,8	856,5	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	956,8	–	–	956,8	11,0
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	509,3	294,8	111,4	103,1	121,1
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	448,3	272,6	33,9	141,8	182,1
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	4 075,6	140,9	1 013,3	2 921,3	–181,6
23	–	Konsumausgaben	3 824,6	–	1 141,7	2 682,9	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,3	–	62,3	–
25	=	Sparen	251,0	78,6	–128,4	300,8	–181,6
26	–	geleistete Vermögenstransfers	121,9	18,4	84,3	19,2	5,6
27	+	empfangene Vermögenstransfers	99,4	58,9	24,1	16,4	28,1
28	–	Bruttoinvestitionen	1 110,2	607,9	185,9	316,4	–
29	+	Abschreibungen	1 040,8	564,5	149,9	326,4	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	12,3	11,2	–0,7	1,9	–12,3
31	=	Finanzierungssaldo	146,7	64,5	–223,9	306,1	–146,7
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	4 075,6	140,9	1 013,3	2 921,3	–181,6
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	721,3	–	721,3	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	721,3	–	–	721,3	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	4 075,6	140,9	292,0	3 642,6	–181,6
36	–	Konsum[3]	3 824,6	–	420,5	3 404,1	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,3	–	62,3	–
38	=	Sparen	251,0	78,6	–128,4	300,8	–181,6

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2028: Prognose des IWH.

Tabelle A17

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2025	2026	2027	2028	2026		2027	
					1 Hj.	2 Hj.	1 Hj.	2 Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	–0,2	–0,4	–0,1	0,0	–0,4	–0,4	–0,2	0,0
Arbeitsvolumen	–0,8	0,0	–0,1	–0,7	–0,3	0,2	–0,2	0,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen	–0,6	0,4	0,0	–0,6	0,1	0,7	0,0	0,1
Produktivität[1]	1,1	1,4	0,8	0,8	1,2	1,6	1,3	0,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,2	1,4	0,8	0,2	0,9	1,8	1,1	0,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	3 461,9	3 594,7	3 720,6	3 824,6	1 748,6	1 846,1	1 814,7	1 906,0
private Haushalte[2]	2 449,1	2 527,8	2 613,6	2 682,9	1 228,7	1 299,1	1 272,1	1 341,5
Staat	1 012,8	1 066,9	1 107,0	1 141,7	519,9	547,0	542,6	564,4
Anlageinvestitionen	915,1	952,0	1 012,9	1 059,0	453,1	498,9	484,7	528,2
Bauten	466,0	483,0	514,2	538,1	233,1	249,9	249,3	264,9
Ausrüstungen	270,7	281,7	299,4	311,7	130,9	150,8	140,6	158,8
sonstige Anlageinvestitionen	178,4	187,4	199,3	209,2	89,2	98,2	94,8	104,5
Vorratsveränderung[3]	52,4	54,6	53,2	51,1	38,0	16,6	39,0	14,1
inländische Verwendung	4 429,4	4 601,3	4 786,7	4 934,8	2 239,7	2 361,6	2 338,4	2 448,3
Außenbeitrag	100,3	104,3	77,0	55,6	66,6	37,7	52,2	24,8
Exporte	1 816,0	1 960,8	2 051,1	2 100,6	955,2	1 005,6	1 013,4	1 037,7
Importe	1 715,7	1 856,5	1 974,1	2 045,0	888,6	967,8	961,2	1 012,9
Bruttoinlandsprodukt	4 529,7	4 705,6	4 863,7	4 990,4	2 306,3	2 399,3	2 390,6	2 473,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	4,5	3,8	3,5	2,8	3,8	3,8	3,8	3,2
private Haushalte[2]	3,8	3,2	3,4	2,6	2,9	3,5	3,5	3,3
Staat	6,1	5,3	3,8	3,1	6,0	4,7	4,4	3,2
Anlageinvestitionen	1,9	4,0	6,4	4,6	2,7	5,3	7,0	5,9
Bauten	2,1	3,6	6,5	4,7	1,9	5,3	7,0	6,0
Ausrüstungen	0,6	4,1	6,3	4,1	2,8	5,2	7,4	5,3
sonstige Anlageinvestitionen	3,2	5,0	6,4	4,9	4,5	5,5	6,3	6,5
Inländische Verwendung	4,7	3,9	4,0	3,1	3,7	4,1	4,4	3,7
Exporte	0,2	8,0	4,6	2,4	4,8	11,2	6,1	3,2
Importe	3,6	8,2	6,3	3,6	4,8	11,5	8,2	4,7
Bruttoinlandsprodukt	3,3	3,9	3,4	2,6	3,7	4,1	3,7	3,1
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	2,2	2,2	1,6	1,1	2,9	1,6	2,2	1,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 818,2	2 851,3	2 879,1	2 894,3	1 401,9	1 449,4	1 416,1	1 463,1
private Haushalte[2]	1 987,2	1 996,7	2 012,8	2 019,9	978,2	1 018,5	986,4	1 026,4
Staat	831,5	855,1	867,0	875,1	424,0	431,2	430,0	437,0
Anlageinvestitionen	710,4	713,8	732,5	742,6	341,8	372,0	352,3	380,1
Bauten	325,6	322,2	327,5	329,2	157,1	165,1	160,2	167,3
Ausrüstungen	226,8	230,9	239,2	242,9	107,5	123,4	112,5	126,7
sonstige Anlageinvestitionen	162,6	166,6	172,6	178,5	79,5	87,1	82,3	90,3
inländische Verwendung	3 569,4	3 605,7	3 651,1	3 674,6	1 770,8	1 834,9	1 796,7	1 854,4
Exporte	1 493,6	1 553,9	1 587,6	1 608,1	765,3	788,6	786,7	800,9
Importe	1 406,2	1 452,5	1 501,9	1 539,6	707,2	745,3	734,3	767,6
Bruttoinlandsprodukt	3 654,0	3 704,0	3 733,3	3 739,2	1 827,2	1 876,8	1 847,5	1 885,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,4	1,2	1,0	0,5	1,2	1,1	1,0	0,9
private Haushalte[2]	1,3	0,5	0,8	0,4	0,3	0,6	0,8	0,8
Staat	1,7	2,8	1,4	0,9	3,4	2,3	1,4	1,3
Anlageinvestitionen	–0,6	0,5	2,6	1,4	–0,5	1,4	3,1	2,2
Bauten	–1,0	–1,0	1,6	0,5	–2,2	0,0	2,0	1,4
Ausrüstungen	–1,3	1,8	3,6	1,5	0,8	2,7	4,6	2,7
sonstige Anlageinvestitionen	1,7	2,5	3,6	3,4	2,0	2,8	3,6	3,6
inländische Verwendung	1,8	1,0	1,3	0,6	0,9	1,1	1,5	1,1
Exporte	–0,9	4,0	2,2	1,3	2,1	6,0	2,8	1,5
Importe	2,9	3,3	3,4	2,5	2,1	4,5	3,8	3,0
Bruttoinlandsprodukt	0,2	1,4	0,8	0,2	0,9	1,8	1,1	0,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2025	2026	2027	2028	2026		2027	
					1 Hj.	2 Hj.	1 Hj.	2 Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben[2]	2,5	2,7	2,6	2,3	2,6	2,8	2,7	2,5
Konsumausgaben des Staates	4,3	2,4	2,3	2,2	2,5	2,3	2,9	1,8
Anlageinvestitionen	2,5	3,5	3,7	3,1	3,2	3,9	3,8	3,6
Bauten	3,1	4,7	4,7	4,1	4,2	5,2	4,9	4,6
Ausrüstungen	2,0	2,2	2,6	2,5	2,0	2,4	2,7	2,5
Exporte	1,2	3,8	2,4	1,1	2,6	4,9	3,2	1,6
Importe	0,8	4,8	2,8	1,1	2,7	6,7	4,2	1,6
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,5	2,5	2,4	2,7	2,3	2,5	2,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung								
a) Mrd. EUR								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3 224,0	3 321,6	3 428,9	3 512,1	1 619,1	1 702,4	1 673,9	1 755,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	440,0	455,1	472,4	488,9	220,6	234,5	229,2	243,2
Bruttolöhne und -gehälter	2 032,1	2 108,9	2 180,6	2 233,9	1 009,2	1 099,7	1 046,5	1 134,1
übrige Primäreinkommen[4]	751,9	757,6	775,9	789,3	389,3	368,3	398,3	377,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	548,5	598,1	613,6	621,1	282,2	315,9	294,1	319,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 772,5	3 919,7	4 042,5	4 133,2	1 901,4	2 018,4	1 968,0	2 074,4
Abschreibungen	918,3	956,2	997,0	1 040,8	475,1	481,1	495,1	502,0
Bruttonationaleinkommen	4 690,9	4 875,9	5 039,5	5 174,0	2 376,4	2 499,5	2 463,1	2 576,4
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3 368,3	3 510,6	3 616,4	3 689,6	1 692,7	1 817,9	1 750,7	1 865,8
Arbeitnehmerentgelt	2 472,1	2 563,9	2 653,0	2 722,8	1 229,8	1 334,1	1 275,7	1 377,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	896,3	946,7	963,4	966,8	462,9	483,7	475,0	488,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3,8	3,0	3,2	2,4	2,9	3,2	3,4	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	6,9	3,4	3,8	3,5	3,6	3,3	3,9	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	4,4	3,8	3,4	2,4	3,9	3,6	3,7	3,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,4	4,1	3,5	2,5	4,3	4,0	3,8	3,1
übrige Primäreinkommen[4]	0,6	0,8	2,4	1,7	–0,2	1,8	2,3	2,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	–0,7	9,0	2,6	1,2	8,9	9,2	4,2	1,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	3,9	3,1	2,2	3,7	4,1	3,5	2,8
Abschreibungen	3,5	4,1	4,3	4,4	4,0	4,2	4,2	4,3
Bruttonationaleinkommen	3,2	3,9	3,4	2,7	3,8	4,1	3,6	3,1
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,0	4,2	3,0	2,0	4,0	4,4	3,4	2,6
Arbeitnehmerentgelt	4,8	3,7	3,5	2,6	3,9	3,6	3,7	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	–1,8	5,6	1,8	0,3	4,5	6,8	2,6	1,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) Mrd. EUR								
Masseneinkommen	2 048,9	2 131,9	2 207,7	2 273,4	1 027,2	1 104,7	1 065,2	1 142,6
Nettolöhne und -gehälter	1 402,9	1 455,9	1 502,7	1 534,4	690,8	765,1	715,2	787,5
monetäre Sozialleistungen	835,1	875,3	913,0	956,8	434,7	440,6	452,3	460,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	189,1	199,3	207,9	217,9	98,3	101,0	102,3	105,6
übrige Primäreinkommen[4]	751,9	757,6	775,9	789,3	389,3	368,3	398,3	377,6
sonstige Transfers (Saldo)[5]	–137,9	–140,2	–140,5	–141,3	–66,4	–73,8	–66,5	–74,0
Verfügbares Einkommen	2 662,9	2 749,4	2 843,1	2 921,3	1 350,2	1 399,2	1 396,9	1 446,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,7	61,9	62,1	62,3	29,9	32,0	30,0	32,1
Konsumausgaben	2 449,1	2 527,8	2 613,6	2 682,9	1 228,7	1 299,1	1 272,1	1 341,5
Sparen	275,5	283,5	291,6	300,8	151,4	132,0	154,9	136,7
Sparquote (%)[6]	10,1	10,1	10,0	10,1	11,0	9,2	10,9	9,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	3,7	4,1	3,6	3,0	4,2	3,9	3,7	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,5	3,8	3,2	2,1	4,0	3,6	3,5	2,9
monetäre Sozialleistungen	5,5	4,8	4,3	4,8	5,0	4,6	4,0	4,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	10,1	5,4	4,3	4,8	6,3	4,6	4,0	4,5
übrige Primäreinkommen[4]	0,6	0,8	2,4	1,7	-0,2	1,8	2,3	2,5
Verfügbares Einkommen	2,8	3,2	3,4	2,7	3,0	3,4	3,5	3,4
Konsumausgaben	3,8	3,2	3,4	2,6	2,9	3,5	3,5	3,3
Sparen	–5,8	2,9	2,9	3,1	3,4	2,4	2,3	3,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2025	2026	2027	2028	2026		2027	
					1 Hj.	2 Hj.	1 Hj.	2 Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	1 031,5	1 051,9	1 092,8	1 126,4	522,0	529,9	541,3	551,5
Nettosozialbeiträge	823,1	857,8	894,9	930,7	416,9	440,9	435,6	459,3
Vermögenseinkommen	30,0	29,0	29,2	29,8	14,6	14,4	14,6	14,6
sonstige Transfers	30,9	32,2	33,0	33,9	14,5	17,7	14,9	18,2
Vermögenstransfers	25,2	22,6	23,4	24,1	9,9	12,8	10,2	13,2
Verkäufe	197,0	206,1	217,6	230,2	95,3	110,8	100,1	117,5
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2 137,9	2 199,7	2 291,2	2 375,3	1 073,2	1 126,5	1 116,8	1 174,3
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	707,4	751,8	782,8	809,1	361,4	390,4	378,7	404,1
Arbeitnehmerentgelt	383,8	395,7	408,9	421,9	191,2	204,5	197,7	211,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	49,0	54,8	59,5	64,2	27,3	27,6	29,7	29,8
Subventionen	55,7	61,5	65,0	66,6	25,8	35,7	27,3	37,7
monetäre Sozialleistungen	746,9	783,8	817,4	856,5	389,0	394,8	404,5	412,9
sonstige laufende Transfers	95,7	104,4	109,5	111,4	50,5	53,9	53,0	56,5
Vermögenstransfers	80,4	80,5	82,2	84,3	33,0	47,6	33,3	48,9
Bruttoinvestitionen	156,1	157,5	174,5	185,9	66,7	90,8	73,0	101,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–0,6	–0,7	–0,7	–0,7	–0,4	–0,4	–0,4	–0,4
Insgesamt	2 274,4	2 389,4	2 499,0	2 599,2	1 144,5	1 244,9	1 196,9	1 302,1
Finanzierungssaldo	–136,5	–189,7	–207,9	–223,9	–71,3	–118,4	–80,0	–127,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	3,4	2,0	3,9	3,1	1,9	2,0	3,7	4,1
Nettosozialbeiträge	8,8	4,2	4,3	4,0	4,6	3,9	4,5	4,2
Vermögenseinkommen	–11,0	–3,3	0,8	2,1	–5,1	–1,4	0,4	1,1
sonstige Transfers	–1,7	3,9	2,8	2,5	5,0	3,1	2,8	2,8
Vermögenstransfers	14,8	–10,3	3,3	3,2	–20,1	–0,9	3,4	3,3
Verkäufe	5,3	4,6	5,6	5,8	3,9	5,3	5,1	6,0
sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	5,4	2,9	4,2	3,7	2,8	3,0	4,1	4,2
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	5,4	6,3	4,1	3,4	7,1	5,5	4,8	3,5
Arbeitnehmerentgelt	7,2	3,1	3,3	3,2	3,1	3,1	3,4	3,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	6,8	11,8	8,6	7,8	11,6	12,0	9,0	8,1
Subventionen	–1,5	10,3	5,7	2,5	10,1	10,5	6,0	5,5
monetäre Sozialleistungen	5,8	4,9	4,3	4,8	5,2	4,7	4,0	4,6
sonstige laufende Transfers	5,4	9,1	4,9	1,7	9,8	8,6	5,1	4,8
Vermögenstransfers	–2,4	0,2	2,0	2,6	19,2	–9,7	0,9	2,7
Bruttoinvestitionen	12,5	0,9	10,8	6,5	2,9	–0,6	9,4	11,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	5,8	5,1	4,6	4,0	6,1	4,1	4,6	4,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	–3,0	–4,0	–4,3	–4,5	–3,1	–4,9	–3,3	–5,2

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2026: Prognose des IWH.

Impressum

Herausgeber:
Professor Dr. Oliver Holtemöller

Redaktion
Stefanie Müller-Dreißigacker
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 820
E-Mail: presse@iwh-halle.de

Verlag:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.
Titelbild: Miguel A Amutio @amutiomi,
www.unsplash.com
Konjunktur aktuell, 14. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 02.09.2026
ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.

Leibniz
Gemeinschaft

Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.